

## ■ Bleibt alles an Kaminski hängen?

Noch versucht man höheren Orts zu vertuschen, dass die eigentliche Schlüsselfigur des hiesigen CDU-Sumpfes ein anderer ist ... *Seite 4*

## ■ Strasbourg legitimiert DDR

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte bestätigt das Modrow-Gesetz zugunsten der von der BRD zwangsenteigneten Bodenreform-Erben. *Seite 5*

## ■ Bewegte Leipziger Baugeschichte

Aus dem Buch „Bauen in Leipzig 1945–1990“: Architekt Horst Siegel schrieb über die Generalbebauungsplanung – über Prognosen, Ideen und Entscheidungen: *Seite 9*

# Stiftung Sächsische Gedenkstätten wird zum Skandal

*Die CDU-dominierte Stiftung diskriminiert und benachteiligt massiv die Opfer der faschistischen Gewaltherrschaft, indem sie den politisch Verfolgten aus der Zeit nach 1945 finanziell wie räumlich Vorrang einräumt.*

● *Der Zentralrat der Juden nennt dies eine „Zwangvereinigung“ von Opfern des faschistischen Massenmordes mit politisch Verfolgten nach 1945.*

● *Ludwig Baumann, Vorsitzender der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz, stellt fest:*

*„Bei der DDR-Verfolgung handelte es sich überwiegend um Aktenberge, bei der NS-Verfolgung aber um Leichenberge.“*

● *Inzwischen kündigten alle Verbände der NS-Verfolgten ihre Mitarbeit in der Stiftung auf.*

● *Ministerpräsident Milbradt bemüht sich mit Entschuldigungen um Schadensbegrenzung. Sein Angebot zu Einzelgesprächen ist für die Opferverbände nicht akzeptabel.*



## Streikpause

„Hoffentlich war der Streik im Januar nur die Einleitung zu dem, was im Sommersemester noch kommen wird. Wir haben dadurch Erfahrungswerte gesammelt, die für uns eine gute Basis für künftige Proteste sind“ – nachzulesen wörtlich und in ähnlicher Form auf der Internetseite des Studentenrates der Universität Leipzig. Andere sind entschieden ärgerlich über die Aussetzung des Streiks bis zum April: „Jetzt in den Ferien ... werden in Dresden natürlich einige antistudentische Sachen durchgeboxt. Das war bisher immer so. Da die CDU die absolute Mehrheit hat, kann sie machen, was sie will. Und der RCDS, der verlängerte Arm der Union in den Unis, jubelt ihr zu. Der sächsische RCDS (Ring Christlich Demokratischer Studenten – LN) war von allen RCDS-Ländergruppen übrigens der erste, der Studiengebühren forderte – schon im November 2002. Zum Glück sind diese Deppen in Leipzig noch nicht so stark in der Öffentlichkeit präsent.“

Die vom Streikkomitee bewusst initiierte Streik-Pause ist den Realitäten angepasst. Was sollen Aktionen, an denen niemand teilnimmt, weil Prüfungen zu absolvieren sind? Studentischer Streik läuft anders als einer von der IG Metall. Ebenso berechtigt ist allerdings auch die studentisch ungewollten artikulierten Sorge über das, was sich – nicht nur – in Sachsen in puncto Bildung noch alles zusammenbraut. Man nehme nur das Stichwort Elite-Uni. Oder wird damit nur ein Buhmann aufgebaut, damit Studiengebühren letztlich als das kleinere Übel akzeptiert werden? • mx

## Geschichtsfälschung

Nicht zum ersten Mal hörten wir am „Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus“ falsche und verfälschende Töne. Sowohl offizielle Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland als auch die staatstreuen Medien sprachen unisono und mit großer Selbstverständlichkeit von einem Holocaust-Gedenktag und setzten in ihren Äußerungen diesen Akzent.

Zweifellos ist das jüdische Volk mit rund 6 Millionen vernichteten Menschenleben und unendlichem Leid der Überlebenden eine der größten Opfergruppen. Aber wenn man schon die Schuld des deutschen Faschismus und seiner bereitwilligen Handlanger in Zahlen aufrechnen will, kommt man allein in der Sowjetunion auf 25 Millionen, in Deutschland auf 4 und in ganz Europa auf etwa 45 Millionen Tote, die Opfer des Terrors der Nazis und des von ihnen begonnenen Weltkrieges wurden. Ein „Holocaust-Gedenktag“ ist eine Vereinseitigung und Bemäntelung, geeignet, die Verbrechen der Naziführer und ihrer Helfer an den Juden als eine pathologische Entartung darzustellen. Damit sollen die politischen Fronten verwischt und insbesondere das Gedenken an diejenigen unter den Teppich der offiziellen Geschichtsbildes gekehrt werden, die unter dem System nicht nur zu leiden hatten, sondern die mit ihrem aktiven Widerstand höchste Anerkennung verdient haben. • GÜNTER LIPPOLD

## Noch ein paar Unwörter

Wieder wird das Unwort des Jahres gesucht. Sprachexperten erinnern an den Begriff „das alte Europa“, gemeint als Kritik an nicht ganz willigen Freunden. Urheber: Donald Rumsfeld. Zur Erinnerung: LN ging etwas schärfer heran und hatte sehr früh „Mutterbombe“ – Urheber unbekannt (aber USA) – und „Geschäft“ ausgesucht; so bezeichnete Präsident Bush den Krieg, der immerhin 20 000 Irakern das Leben kostete, davon die Hälfte Zivilisten. Wie wir erkennen, wird bei einem Waffengang zuerst die Sprachkultur zerstört.

Noch ein Unwort: „Traumbeerdigung“. Absender war Ex-DDR-Konsistorialpräsident und Schröderminister Stolpe. Adressiert war es an uns Ostdeutsche. Wir sollten den Traum von der „schnellen“ Angleichung zu begraben. Was für eine Frechheit. Wir haben keinen nervösen Traum, sondern einen Einigungsvertrag, ein Projekt mit der großartigen Bezeichnung „Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion“ und tausend weitere flotte Versprechen. Da war der Minister wohl eben mal kurz von Gott verlassen ...

Gesucht nicht, aber gefunden wurde ein Benutzer des ziemlich perversen Unwortes „sozialvertraglicher Arbeitsplatzabbau“. Ein Dr. Johannes Vöcking vom Vorstand der Barmer Ersatzkasse tat in der Mitgliederzeitschrift Nr. 01/2004 kund, dass „allein in den vergangenen zwei Jahren 1900 Arbeitsplätze sozialvertraglich abgebaut“ wurden und man 160 Geschäftsstellen schließen musste“. Wie positiv das klingt! • J. S.

27. Januar:

# Ehrung für Opfer des Faschismus

Zahlreiche Leipziger und Auswärtige, unter ihnen ehemalige KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter aus Frankreich und Tschechien, gedachten am 27. Januar am Ehrenmal in Abtnaundorf der an dieser Stelle im April 1945 von der SS ermordeten Widerstandskämpfer.

Foto: Ulrich



PDS-Parteitag zur Europawahl am 13. Juni 2004

## Basis korrigiert Vorstand

LN (J. J.). Nachdem am Sonntagabend während des PDS-Parteitages im Internationalen Kongresszentrum (ICC) im Westen Berlins das EU-Wahlprogramm mit geringen Veränderungen angenommen worden war und die Delegierten sich für die Gründung einer europäischen Linkspartei ausgesprochen hatten, wählte die Versammlung am Sonntag, dem 1. Februar, die PDS-Liste zur Europawahl. Die vom Vorstand und der PDS Sachsen vorgeschlagene Spitzenkandidatin und erfahrene Europapolitikerin Sylvia-Yvonne Kaufmann bekam nur 71 Prozent der Stimmen. Helmut Markov dagegen erhielt auf Platz 2, ebenfalls ohne GegenkandidatInnen, 95 Prozent. Wie erwartet, erreichte die Spannung bei der Abstimmung über Platz 3 einen ersten Höhepunkt, als Sahara Wagenknecht auf Vorschlag des Leipziger PDS-Vorsitzenden Külüw gegen Gabi Zimmer antrat. 159 Stimmen waren für die absolute Mehrheit erforder-

lich. Die Vertreterin der Kommunistischen Plattform, für die sich im Vorfeld unter anderem zahlreiche Künstler stark gemacht hatten, warb für Glaubwürdigkeit linker Politik, Zimmer warb für sich mit den Worten: „Dem Klischee der Zonen-Gabi füge ich das der Oma hinzu.“ Mit 158 Stimmen siegte sie im zweiten Wahlgang knapp gegen Wagenknecht (148), die später Platz 5 holte. Im Kampf um Platz 4 unterlag der vom Parteivorstand vorgeschlagene Berliner Abgeordnete Benjamin Hoff dem aus der westdeutschen Friedensbewegung stammenden Tobias Pflüger. Unangefochten gelangte Wahlkampfleiter André Brie mit 80,3 Prozent auf Platz 6. Platz 7: Feleknas Uca. Um Platz 8 ging der vom Vorstand vorgeschlagene Helmut Scholz gegen den Leipziger Keith Barlow in die Stichwahl und gewann knapp. Keith Barlow belegte dann Platz 10, wie auch die Leipzigerin Juliane Nagel.

## Das Problem mit den Vorgaben

Die Kandidatenliste der PDS für die Europawahl steht. Nicht jeder ist zufrieden, aber jedem Recht zu tun, das funktioniert halt nicht, wenn bei geschafften fünf Prozent gerade sechs Leute nach Brüssel kommen.

Der Haken sind ohnehin diese fünf Prozent. Nach der verlorenen Bundestagswahl war aus den Reihen des PDS-Vorstandes kleinlaut zu hören, dass die vier Spitzenkandidaten wohl nicht die richtigen Zugpferde waren. Eben! Erinnert sich heute noch wer im großem Deutschland an deren Namen?

Kein Wunder, wenn es an der Parteibasis grummelt und die Genossen besorgt fragen, ob die in Berlin denn so gar nicht lernfähig seien. Kann es sich eine PDS wirklich leisten, auf einen Hans Modrow zu verzichten? Muss der Vorstand eine Liste vorgeben, die einen Pflüger und eine Wagenknecht aussichtslos hinten platzieren? Wenn die Spitze unbedingt Wunschkandidaten nennen will, warum dann nicht im Vertrauen auf die Delegierten einfach in alphabetischer Reihenfolge? • WART

## Schatten auf den deutsch-polnischen Beziehungen

„Wir werden mit dem Zentrum für Vertreibungen beweisen, dass wir die Geschichte nicht umdrehen wollen.“ Prof. Dr. Peter Glotz, früherer Bundesgeschäftsführer der SPD, Kommunikationswissenschaftler und Autor eines Buches über die Vertreibung der Deutschen, Befürworter des geplanten Zentrums in Berlin, beherrscht das Podium im Saal des Polnischen Institutes Leipzig.

„Sind die deutsch-polnischen Beziehungen schwieriger geworden?“ lautet das Thema, für das sich ungefähr 60 Zuhörer interessieren. Peter Glotz bejaht das. Die Unterstützung der USA im Irak-Krieg durch Polen war falsch. Die Ablehnung der u. a. von Deutschland vorgeschlagenen Mehrheitsregelung für die EU-Verfassung durch Polen ist bedenklich, der Widerstand gegen das Zentrum für

Vertreibungen geht von falschen Voraussetzungen aus. Der Direktor des Polnischen Institutes, Dr. Kazimierz Woycicki, meint, der Bund der Vertriebenen, der Initiator des Zentrums, versuche, die Aussiedlung der Deutschen als Völkermord darzustellen und unterstelle den Polen ungerechtfertigt, sie würden die Vertreibung tabuisieren. Das Letztere treffe nur zu auf die Zeit des Kommunismus, übrigens auch auf Ostdeutschland. In Polen gebe es seit vielen Jahren große Anstrengungen, das Thema aufzuarbeiten. Mit den Landsmannschaften in Deutschland werde ein offener Dialog geführt, es herrsche ein reger Austausch von Informationen und Personen. Das geplante Zentrum, wenn es denn realisiert wird, dürfe keine deutsche, sondern müsse auch eine polnische oder noch besser internationale An-

gelegenheit sein. Hinsichtlich der Irakfrage und der EU-Verfassungsproblematik glaubten viele Polen, Deutschland wolle ihr Land belehren. Dr. Woycicki versucht eine Lanze zu brechen für eine vernünftige europäische Erinnerungskultur. Nur sie könne die Entstehung eines neuen Nationalismus verhindern. Ihre Grundlage sei ein besseres Verständnis für die Empfindungen und Gedanken der anderen Seite.

Alle Beteiligten bemühen sich, die Beziehungen Deutschland-Polen nicht noch mehr zu belasten, und betonen ihren Willen zur Verständigung und zur Überwindung der Meinungsverschiedenheiten.

Die Lage zeigt: Die Menschen sind willig, aber die Politiker sind es anscheinend nicht. Stehen wir vor der Gefahr neuer Feindschaften? Die Schatten weisen eindringlich auf diese Möglichkeit hin, und es liegt in erster Linie an Deutschland, an der Bundesregierung, dass es nicht soweit kommt. • M. B.

Der 27. Januar ist – im Gedenken an die Befreiung des KZ Auschwitz an diesem Tag im Jahre 1945 – der nationale Mahn- und Gedenktag für die Opfer des Faschismus. Für Sachsen nur ein Tag im Kalender?

Am 21. Januar 2004 kündigte der Zentralrat der Juden in Deutschland der Stiftung *Sächsische Gedenkstätten* die Zusammenarbeit auf. Auch die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, der Opferverband der Sinti und Roma sowie die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) beendete die Kooperation mit dieser Stiftung. Vertreter der sächsischen Regierung gaben sich überrascht. Dr. Norbert Haase, der Leiter der Stiftung, sieht „Gesprächsbedarf“. Sind die Entscheidungen der Opferverbände ein Blitz aus heiterem Himmel, ein Gewitter, das sich durch kein Grollen angekündigt hat? Handelt es sich um eine zeitweilige „atmosphärische Störung“, die durch einen Plausch bei einem Glas Wein aus der Welt zu schaffen ist?

Um das beantworten zu können, muss zunächst die Begründung der Entscheidung des Zentralrats der Juden geprüft werden. Salomon Korn erklärte in seinem Brief, warum die Praxis der sächsischen Gedenkstättenarbeit „nicht länger hinnehmbar“ ist: Er verweist auf das Stiftungsgesetz, das im vergangenen Jahr – gegen den Einspruch der PDS – vom sächsischen Landtag verabschiedet worden ist. Korn befürchtet, dass die Stiftung den Massenmord an den Juden mit der Willkürherrschaft des Kommunismus in der DDR vermischen könne. Der Zentralrat habe Angebote zur Auseinandersetzung mit dem Thema gemacht, doch sie „wurden bis zuletzt mit einem durch die Landesregierung verordneten Neubeginn der Gedenkstättenarbeit vom Tisch gewischt“. Der Zentralrat verurteilt die „Zwangsvereinigung“ der unterschiedlichen Verbände der Opfer des Nationalsozialismus und Stalinismus im Stiftungsbeirat. Korn fürchtet, dass dadurch „fundamentale Unterschiede zwischen den Verbrechen der Nationalsozialisten mit europäischer Dimension und denen des Kommunismus in Ostdeutschland mit nationaler Dimension eingeebnet werden“.

Die Kritik richtet sich also im Keim gegen die Gleichsetzung der „zwei Diktatu-

ren in Deutschland“, die zentrale These der Totalitarismus-Doktrin. Der Kritik wäre hinzuzufügen, dass die Gefahr, die Korn für die Zukunft befürchtet, in Sachsen seit mehr als einem Jahrzehnt Praxis ist. Wer den Beweis haben will, findet ihn in den Gedenkstätten *Münchner Platz* in Dresden, im „*Gelben Elend*“ in Bautzen, in Torgau und anderen Orten, wo die „doppelte Vergangenheit“ der Haftanstalten veranschaulicht wird. (In Dachau, wo es bis 1945 ein Konzentrationslager gab, danach ein Internierungs-

ager der USABesatzungsmacht für Kriegsverbrecher, denkt niemand an eine Gleichsetzung der Opfer.)

Der Streit, der jetzt eine neue Dimension zu erreichen scheint, hat in Sachsen seine Geschichte und seine Spezifik. Schon in der sächsischen Verfassung vom 27. Mai 1992 finden wir – als Novum – in der Präambel den Passus „ausgehend von den Erfahrungen nationalsozialistischer und kommunistischer Gewaltherrschaft“, also die Gleichsetzung von Hitlerdeutschland und DDR. Besonderen Anteil an diesem Text schreibt sich ein sächsischer Politiker zu, der Justizminister in Sachsen gewesen war (und Kandidat für das Amt des Präsidenten von Kohls Gnad, in den Augen von Weizsäcker eine „graue Maus“). Später forderte dieser Mann, sich auf die DDR-Geschichte zu konzentrieren, weil die NS-Zeit genügend erforscht sei. Eine ungeheuerliche Aussage.

Es blieb in Sachsen nicht bei der Einfügung der Totalitarismus-Formel in die Verfassung. Überall wurde – auf der Grund-

lage eines Textes zur inneren Sicherheit, den Wolfgang Schäuble im Oktober 1990 verordnete – die Erinnerung an Antifaschisten auf den Namen in Gedenkstätten, auf Straßen, Plätzen und in Schulen gelöscht. In Dresden gehörten Namen wie Salvador Allende, Julius Fucik, Ernst Thälmann, Otto Buchwitz und Dr. Rudolf Friedrichs dazu. Für diesen unmenschlichen Akt gilt: „Wer in Deutschland die Linke diffamiert und verfolgt, bahnt den Weg für die rechten Marschkolonnen.“ (Gerhard Zwerenz) Die „rechten Marsch-

schistischer Politik sucht, hat keinen Erfolg. Der Verfälschung der sächsischen Nachkriegsgeschichte dient beispielsweise das Buch „Diktaturdurchsetzung in Sachsen“, das 2003 erschien. In ihm werden die heroischen Anstrengungen und großartigen Leistungen von „Aktivisten der ersten Stunde“ in das Schema von der Totalitarismus-Doktrin gepresst: Eine Diktatur folgte der anderen. Die Argumentation ist stellenweise grotesk und verlangt eine ideologische Akrobatik, die nur völlig verblendeten Antikommunis-

## Der Krug geht solange zu Wasser, bis er bricht

Zum Streit um die Arbeit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

kolonnen“ sind nicht mehr zu übersehen. Schließlich wurde auf Betreiben der CDU – Minister Rößler schreibt sich dabei eine besonders aktive Rolle zu – am 17. Juni 1993 als weiteres Unikat in Deutschland das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden gegründet. (Schon der Missbrauch des Namens Hannah Arendt ist ein Skandal.) Inzwischen hat das Institut sein zehnjähriges Bestehen gefeiert – ohne seinen langjährigen Direktor Professor Dr. Henke, der sich über die Intrigen und Skandale im Institut in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft März 2003 geäußert hat. Inzwischen leitet der Kirchenhistoriker Gerhard Besier das Institut. Seine Berufung ist keine Überraschung, wohl aber Bestätigung dafür, dass das Institut auch weiterhin durch die CDU-Politik instrumentalisiert wird.

Zur quantitativen Bilanz des Instituts gehörten an seinem zehnten Geburtstag zahlreiche Veröffentlichungen. Der Vergleich der Titel zeigt, dass sich fast alle Arbeiten mit der Zeit nach 1945 befassen. Wer nach Analysen für die Ursachen fa-

ten möglich ist. Veröffentlichungen von Mitarbeitern des Hannah-Arendt-Instituts – die übrigens kostenlos in die politische Bildung einfließen – zeigen, wie der „geistige Vorlauf“ geschaffen wird, mit dem in staatlichem Auftrag auf Kosten der Steuerzahler auch die „Erinnerungskultur“ in den Gedenkstätten manipuliert wird. Seit Sommer 2003 ist auf einer Tafel am Eingang zur Gedenkstätte *Münchner Platz* zu lesen: „... Im Zentrum der Bildungs- und Forschungsarbeit der Gedenkstätte steht der Widerstand gegen die Diktaturen in Deutschland und der Missbrauch des Rechts an diesem Ort im nationalsozialistischen Deutschland und in der SBZ/DDR.“ Wer hat diesen Text zu verantworten? – Ist dieser Text nicht einer der vielen Beweise für die Berechtigung der Befürchtungen Salomon Korn's? Die Organisatoren dieses Prozesses sollten die Wahrheit des Satzes Abraham Lincolns prüfen: 1. Man kann alle Leute einige Zeit zum Narren halten und einige Leute allezeit; aber alle Leute allezeit zum Narren halten kann man nicht.“

• HORST SCHNEIDER

### SO SEHE ICH DAS



Wenn es um die sächsischen Gedenkstätten für die Opfer der faschistischen Militärjustiz geht, wird seit Jahr und Tag gelogen und betrogen, dass sich die Balken biegen. Dies nachzuweisen und seinen ermordeten Kameraden die ihnen zustehende Ehrung zu erkämpfen, wird Ludwig Baumann nicht müde. Der 81-jährige einstige

Wehrmachtsdeserteur und Vorsitzende der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz hat erst Anfang Januar Staatsminister Rößler (CDU) in dessen gleichzeitiger Funktion als Vorsitzender der Stiftung *Sächsische Gedenkstätten* daran erinnert, dass der Bund und das Land Sachsen einst beschlossen, „in Torgau den Schwerpunkt auf das Bewahren der Erinnerung an die Opfer der Wehrmachtsjustiz“ zu legen. Denn Torgau war der zentrale Ort der Vernichtung jener Soldaten, die sich der verbrecherischen Naziwehrmacht verweigerten. Insgesamt wurden 30 000 Todesurteile gegen Wehrmachtsdeserteure verhängt. Am zentralen Ort ihrer Qualen und Ermordung, im Torgauer Fort Zinna, litten und starben mehrere 10 000 unter unmenschlichen Haftbedingungen, mindestens tausendmal wurde hier die Todesstrafe vollzogen. „Dennoch“, so Ludwig Baumann, „haben wir, anders als die dort nach 1945 Inhaftierten ..., keine eigene Gedenkstätte, obwohl wir jahrelang darum gekämpft

haben.“ Wie oft hat er schon protestiert, „weil die Stiftung *Sächsische Gedenkstätten* es zulässt, dass dort unbehelligt Leute vom Waldheimkameradschaftskreis sitzen können, die noch dazu am Döbelner Urnengrab die Mörder und Henker unserer Opfer geehrt haben.“

Minister Rößlers Vorgänger, Prof. Dr. Meyer, behauptete bereits im Dezember 2000 im Sächsischen Landtag, „die Ausstellung im Flaschenturm des Torgauer Schloss-

## Neue Selektion

ses als auch die Publikationstätigkeit und die Konferenzen des Zentrums sind ganzjährig auf die Würdigung des Gedenkens an die Opfer der nazistischen Militärjustiz gerichtet“.

Falsch! Denn die Dauerausstellung „*Spuren des Unrechts*“ hatte vier Themenbereiche, zwei über die Zeit vor 1945 und zwei über die Verfolgungen nach 1945. Da es aber im Flaschenturm des Schlosses lediglich zwei Präsentationsräume gibt, waren immer nur zwei der vier Ausstellungen zu sehen. Von wegen ganzjähriges Gedenken!

Im vergangenen Dezember wurden Ludwig Baumann im Torgauer Schloss drei Etagen des neugestalteten und erweiterten Dokumentations- und Informationszentrums (DIZ) gezeigt. Die Wehrmachts-Opfer waren allerdings getilgt worden. Dafür sind die beiden Ausstellungen der nach 1945 Verfolgten jetzt ständig zu sehen.

Bereits während eines Treffens der NS-Verfolgtenver-

bände am 23. Juli 2003 in Dresden waren sich alle Teilnehmer einig, dass sie durch die per CDU-Gesetz CDU-dominierte Stiftung und deren Gremien massiv benachteiligt und diskriminiert werden und sie deshalb ihre Arbeit ruhen lassen. So verwendet die Stiftung, die über hohe Millionenbeträge verfügt, über 60 Prozent ihrer Mittel für das Gedenken an die nach 1945 Verfolgten. Ludwig Baumann kann dem nur immer wieder entgegenhalten: „Und dass, obwohl es sich bei der DDR-Verfolgung überwiegend um Aktenberge und um Prozesse gegen unsere Peiniger handelt, bei der NS-Verfolgung aber um Leichenberge von Unschuldigen.“

Die Opferverbände haben ihre Konsequenzen gezogen. In diesem politisch unheilvoll strukturierten Gremium ist ihr Kampf aussichtslos. Ministerpräsident Milbradt (CDU) bemüht sich derzeit zwar in Einzelgesprächen um Schadensbegrenzung. Aber will er die Politik seiner Partei ändern, deren Anti-Antifaschismus? Kaum. Nachdem man eine Hierarchie der Vor- und Nachkriegsopfer installiert und politisch unliebsame Widerstandskämpfer delegitimiert hat, werden nur noch einzelne NS-Opfergruppen geehrt. Aber das ist ja bundesweit so. Es gibt neue Denkmale: für den Holocaust, vielleicht auch eines für die Homosexuellen, für die Sinti und Roma, eventuell jetzt nach dem Krach sogar noch ein kleines Plätzchen für die wenigen noch lebenden Deserteure zum Blummenniederlegen – auch wenn sie nicht beliebt sind in Zeiten, in denen die Bundeswehr in die Welt hinaus will. Kurzum: Es wird geteilt, nach politischem Kalkül ausgewählt und so die Lage beherrscht. Die Opfer werden schon wieder selektiert. Widerwärtigeres kann es kaum geben.

• MAXI WARTELSTEINER

# Schwarzer Peter für Peter Kaminski?



Vor sechs Jahren kokettierte Stadtkämmerer Peter Kaminski (CDU) noch mit seinem leeren Tresor. Nun steht die Frage, ob er sich seinen verlorenen OBM-Wahlkampf nicht gerade sauber finanzieren ließ ...

Foto: Teuber/Westend

Wieder einmal produziert das Leipziger Rathaus überregionale Schlagzeilen. Nach Ungereimtheiten um die Olympiabewerbung droht mit dem Bekanntwerden nebulöser Geldflüsse während der Oberbürgermeisterwahlen 1998 jetzt noch größeres Ungemach. Diesmal geht es immerhin um einen Spendenskandal im CDU-Landesverband Sachsen, bei dem auch die Bundespartei mit bedrohlichen Auswirkungen rechnen muss. Inzwischen agieren mit Staatsanwaltschaft, Bundestag und Wirtschaftsprüfer drei Ermittlungsorgane in der Kaminski-Affäre. Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch die hektische Betriebsamkeit des sächsischen Ministerpräsidenten, der neben der Flutbewältigung landesweit nur noch mit der Bewerbung für die Olympischen Spiele 2012 Punkte sammeln kann. Die Gründung einer neuen Truppe gegen Korruption und Filz, die auf die malerische Abkürzung INES hört, ist allerdings eher ein Zeichen dafür, dass Milbradt nunmehr die Flucht nach vorn antritt und sich als Saubermann präsentieren möchte. Ob sein Plan aufgeht, hängt nicht nur vom parteiinternen Machtkampf zwischen Dresden und

Leipzig, sondern vor allem davon ab, inwieweit die Strategie aufgeht, allein Kaminski – der dem Vernehmen nach schon die Rückzugsangebote aus der Wirtschaft prüft – in der Messestadt den schwarzen Peter zuzuschieben. Noch versucht man höheren Orts zu vertuschen, dass die eigentliche Schlüsselfigur des tiefen Leipziger CDU-Sumpfes Prof. Kurt-Ullrich Mayer ist, bis Ende 2003 Vorsitzender der CDU und seither ihr Ehrenvorsitzender. Zu den Mandanten des umtriebigen Rechtsanwalts aus dem Westen, der als Vorsitzender der Sächsischen Landesmedienanstalt zugleich ein Strippenzieher der schwarzen Medienpolitik ist, zählt nicht nur der Empfänger der Stadionprovision Roland Poser. Auch stadtbekanntes Unternehmer wie Siegfried Axtmann und Ralph Burkei, die seit Jahren in der Grauzone zwischen Politik und Wirtschaft agieren, lassen sich von Mayer vertreten. Zu den Eigentümlichkeiten der Affäre zählt, dass die Leipziger Grünen mit ihrem Fraktionsvorsitzenden Michael Weichert keinen Aufklärungsbedarf sehen. Ob diese Zurückhaltung mit seinem lukrativen Managerposten in der BIO

CITY – in die einige Millionen öffentliche Fördermittel flossen – zusammenhängt, sei dahingestellt. Überhaupt scheinen gemeinsame Ämterpatronage und Vetternwirtschaft von SPD, CDU und Grünen eines der bestgehüteten Geheimnisse hiesiger Kommunalpolitik zu sein. Für Leipzigs Oberbürgermeister Tiefensee allerdings „gibt es keinen Filz und es ist kein Sumpf trocken zulegen“, wie er über sein Haus- und Hofblatt LVZ am Dienstag altväterlich verkündete. Wenigstens die PDS versucht etwas Licht ins Dunkel zu bringen. Während der Landtagsabgeordnete Dietmar Pellmann die Landesregierung durch Kleine Anfragen aufschreckte, löste die öffentliche Forderung von PDS-Stadtschef Volker Külow nach rückhaltloser Aufklärung über den „schwarzen Filz“ hinter den Kulissen der anderen Parteien geradezu aggressive Reaktionen aus. Die Beantwortung des detaillierten Fragenkatalogs zu den Vorgängen um das Stadion, ausgearbeitet von der PDS-Stadtratsfraktion, werden sie aber kaum verhindern können. Auch aus dieser Richtung dürfte also mit weiteren Enthüllungen zu rechnen sein.

• KURT LUTZE

## Juden raus?

LN. Im Leipziger Waldstraßenviertel hat sich Widerstand organisiert. Nicht gegen Nazis, die hierzulande jüdischen Bürgern das Leben zur Pein machen, nein gegen ein dringend benötigtes Begegnungszentrum der endlich wieder angewachsenen jüdischen Gemeinde. Es stelle ein Sicherheitsrisiko für das Wohngebiet dar! Während die Stadt zu vermitteln versucht, wo es doch nichts zu kompromisseln gibt, fand Pfarrer Wolff von der Thomaskirche unmissverständliche Worte:

„... Juden ein Sicherheitsrisiko, nur weil deren Einrichtungen leider vor möglichen gewalttätigen Übergriffen geschützt werden müssen?! Was für eine skandalöse Argumentation! Sind sich die Bürgerinnen und Bürger, die das Begegnungszentrum durch Klagen verhindern wollen, eigentlich bewusst, in welcher trüben Tradition des Antisemitismus sie sich bewegen?

Als Kirchengemeinde haben wir allen Anlass, uns tatkräftig für das Begegnungszentrum in dem Wohngebiet einzusetzen, in dem bis 1933 Tausende Menschen jüdischen Glaubens lebten und arbeiteten und die Stadt mit ihrem Glauben und ihrer Kultur bereicherten. Wir tragen heute in doppelter Weise eine große Verantwortung: eine historische Verantwortung für die Vernichtung jüdischen Lebens während der Nazizeit (1938 ging das Leben an der Thomaskirche so weiter, als wäre nichts geschehen ... dieses Versagen darf sich nicht wiederholen) und eine bürgerschaftliche Verantwortung dafür, dass alles getan werden muss, um das Leben und Wohnen Menschen jüdischen Glaubens und ihrer Gemeinden in unserer Stadt zu fördern. Darum kann es nur eine Forderung geben: Die Klagen müssen zurückgezogen werden. Die Wohnqualität des Waldstraßenviertels leidet nicht unter dem Begegnungszentrum, sondern darunter, dass die Rückkehr jüdischen Lebens verhindert werden soll.“

Seit 1. Januar wirkt nun die sogenannte Gesundheitsreform. Das eingetretene Chaos ist noch größer, als dies selbst die schärfsten Kritiker erwartet haben. Dass die gesetzlich Krankenversicherten kräftig zur Kasse gebeten werden würden, war zumindest denen, die sich vorher informiert hatten, klar. Dass aber das im Schweinsgalopp durch Bundestag und Bundesrat gepeitschte Machwerk derart viele handwerkliche Mängel und Unklarheiten aufweisen würde, damit konnte man nicht unbedingt rechnen.

Vor diesem Hintergrund scheinen Vorgänge in der sächsischen Krankenhauslandschaft, wie wir sie seit langem beobachten, nur wenig Aufmerksamkeit zu erregen, obwohl deren Resultate sich gravierend auf die soziale Daseinsvorsorge auswirken werden. Nachdem schon im vergangenen Jahr ein Drittel der 88 sächsischen Krankenhäuser zur Leistungsabrechnung nach Fallpauschalen übergegangen sind, muss dieses umstrittene System 2004 in allen stationären Gesundheitseinrichtungen eingeführt werden. Vergütet wird in der Regel nicht mehr nach der Zahl der Verweiltage, sondern nach einem komplizierten Modus von Pauschalzahlungen für die Behandlung, unabhängig davon, wie lange ein Patient in der Einrichtung verbleibt. Das ist ein weiterer, wenn auch besonders gravierender Schritt zu mehr Kommerzialisierung und Ökonomisie-

## Sachsen hält die Spitze bei Krankenhausprivatisierung

rung in diesem Bereich des Gesundheitswesens, der weder im Interesse der Patienten noch der Mediziner liegt. Auf jeden Fall wird es zu einem gnadenlosen Verdrängungskampf im Krankenhausbereich kommen, in dessen Verlauf so manches Krankenhaus seine Pforten wohl für immer schließen muss. Es droht eine weitere Konzentration und Monopolisierung, die in Sachsen früher als in anderen Bundesländern eingesetzt hat. Sachsen ist jenes Bundesland mit dem höchsten Anteil an privaten Krankenhäusern. Bisher immer als Vorbilder gepriesene Bundesländer wie Bayern und Baden-Württemberg wurden in nur wenigen Jahren um Längen überholt. Um einen exakten Vergleich zu erhalten, muss die Bezugssebene Planbetten herangezogen werden. Danach liegt der Privatanteil in Sachsen bei 22,1 Prozent, in Bayern hingegen nur bei 7,0 Prozent und in Baden-Württemberg sogar nur bei 4,5 Prozent. Den niedrigsten Privatanteil aller Bundesländer haben Hamburg mit 0,7 und Nordrhein-Westfalen mit 0,9 Prozent. Der Durchschnitt aller Bundesländer liegt bei 6,1 Prozent. Mit diesem Spitzenplatz zeigt sich die sächsische Landesregierung keineswegs zufrieden. Sie strebt unter dem Deck-

mantel einer möglichst breiten Trägerlandschaft mindestens einen Privatanteil von einem Drittel an. Dass diesem Vorhaben die katastrophale Haushaltslage der meisten sächsischen Kommunen

Der Privatanteil (an sogenannten Planbetten) liegt in Sachsen bei 22,1 Prozent, in Bayern hingegen nur bei 7,0 Prozent und in Baden-Württemberg sogar nur bei 4,5 Prozent. Den niedrigsten Privatanteil aller Bundesländer haben Hamburg mit 0,7 und Nordrhein-Westfalen mit 0,9 Prozent. Der Durchschnitt aller Bundesländer liegt bei 6,1 Prozent.

sogar entgegenkommt, mag sarkastisch klingen, spiegelt aber die Situation in Sachsen wider. Allzu oft sehen Kommunen im Verkauf ihrer Krankenhäuser die Möglichkeit, Haushaltslöcher zu stopfen, selbst wenn sie die Einrichtungen nicht selten unter Wert verkaufen. Dass sie damit jeglichen politischen Einfluss auf diesen Gesundheitsbereich in ihrem Territorium aufgeben, wird meist billigend in Kauf genommen. Leider beugen sich auch manche PDS-Kommunalpolitiker den so-

genannten Sachzwängen.

Interessant ist auch, wer die 22 seit 1990 in Sachsen veräußerten Krankenhäuser erworben hat. Ein Blick auf die Namen der nunmehr privaten Häuser genügt nicht, weil Namen meist nicht den wahren Besitzer erkennen lassen. Generell kann allerdings festgestellt werden: Der Löwenanteil ging an westdeutsche Klinikkonzerne. Spitzenreiter ist die HELIOS Klinikum GmbH, die vier Krankenhäuser mit fast 1600 Planbetten erwarb. Danach folgt die in Leipzig nicht ganz unbekanntere Rhön-Klinikum AG (ihr gehört das ehemals städtische Klinikum in Leipzig-Südost) mit ebenfalls vier Krankenhäusern und fast 1300 Planbetten. Dagegen nimmt sich der Anteil der Paracelsus-Kliniken Deutschland GmbH mit drei Einrichtungen und 589 Planbetten regelrecht bescheiden aus. Im Unterschied zu den Einrichtungen in Trägerschaft der Kommunen oder des Landes sowie der freigemeinnützigen Häuser können die Privaten über ihre Gewinne völlig frei verfügen und sie an die Aktionäre oder Gesellschafter verteilen. Damit werden dem Gesundheitssystem erhebliche finanzielle Mittel entzogen. Für die Patienten ist der Aufenthalt in einer privaten Einrichtung keineswegs mit einer schlechteren Behandlung verbunden. Aber nicht selten werden die Standards auf dem Rücken des Personals erkaufte.

• DIETMAR PELLMANN

## Kapitel Eins

Meine Schwiegermutter und deren Schwester gehören nicht zu den fünf Sachsen-Anhaltern, die sich mutig ihr ererbtes Bodenreformland zurück erstritten. Zwar hatten die klagenden einstigen DDR-Bürger über alle deutschen Instanzen hinweg, bis zum Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe verloren. Aber am 22. Januar 2004, wie von allen Medien gemeldet, sprach ihnen der Gerichtshof für Europäische Menschenrechte in Strasbourg das von der Regierung Kohl zwangsenteignete Land wieder zu. Einem von ihnen, Werner D. aus Aschersleben, haben die Kämpfe um seine acht Hektar sogar einen Herzinfarkt gekostet. Aufgegeben hat er nicht. Schließlich ging es dem Baumaschinisten, dem Sohn einstiger schlesischer Umsiedler um die schreiende politische Unmoral, ein Enteignungsgesetz gegen DDR-Bürger zu beschließen, das dem Einigungsvertrag widerspricht. Was allerdings ziemlich einfach war, weil mit der verschwundenen DDR kein Vertragspartner mehr existierte, der Verstöße einklagen könnte. Da bleibt dem kleinen Mann nur, sich selbst zu helfen, wohl wissend, dass Rechthaben in der bundesdeutschen Demokratie nur selten bedeutet, Recht zu bekommen.

Nun aber haben die Fünf in Strasbourg ein Musterurteil erzielt, das für 70 000 kalt enteignete, aber dennoch rechtmäßige Erben von Neubauern im Osten Deutschlands späte Gerechtigkeit bringen kann. Meine Schwiegermutter und ihre Schwester gehören zu dieser großen Masse. Sie haben ihre zwei Hektar in der Nähe von Halberstadt „freiwillig“ und selbstredend entschädigungslos an das Land Sachsen-Anhalt abgetreten, weil ihnen mitgeteilt worden war, das dies jetzt so Gesetz sei – eben das Gesetz zur Abwicklung der Bodenreform. Was sollen zwei hochbetagte einfache Frauen schon tun gegen das Raubrittertum einer Regierung, die es sich partout nicht verkneifen konnte, alles auszulöschen, was an die DDR und ihre demokratischen Errungenschaften erinnerte. Noch dazu, wenn sie dabei fette Beute machte. Und die Bodenreform vom Herbst 1945

## Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs bestätigt klagende Bodenreform-Erben der DDR

war eine zutiefst demokratische Angelegenheit. Mit ihr wurden unumgängliche Konsequenzen aus der deutschen Geschichte gezogen. Initiiert von den Alliierten in Potsdam, kam die Bodenreform mit einem Gesetz der Provinzialverwaltung Sachsen vom 3. September 1945 (das dann auch die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen sowie die Pro-

# Größtes deutsches Existenzgründerprogramm war rechtens

größte Existenzgründerprogramm, das in Deutschland je verwirklicht wurde. Apropos Neubauern: warum schreiben Zeitungen wie die *Süddeutsche* generell von *so genannten* Neubauern und der *so genannten* Bodenreform? Im Einigungs- wie auch im 2+4-Vertrag wurde die demokratische Bodenreform als fortgeltendes Recht anerkannt. Aber

Strasbourg sollte den Ostdeutschen Mut machen, sich weiter zu wehren gegen die menschenrechtsverletzende Art und Weise, wie sie um ihre Immobilien, ihr Volkseigentum, um Rentenansprüche gebracht wurden. – Aber jetzt läuft in Sachen Bodenreform erst einmal

## Kapitel Zwei

In Strasbourg klagten bekanntlich parallel auch ganz große „Bodenreform-Opfer“, 1945 durch die demokratische Bodenreform enteignete Großgrundbesitzer.

Sei es wie es sei, die Bodenreform im sowjetisch besetzten Sektor ist und bleibt anerkanntes Völkerrecht, bleibt trotz dieser Klagen unangetastet auch im neuen Großdeutschland. So wollte es nicht nur der BRD-Einigungsvertragspartner, die letzte DDR-Regierung unter Hans Modrow, so wollte es vor allem auch die sowjetische Seite. Dennoch bekamen diese – nun wirklich sogenannten – Alteigentümer nach der Einvernahme der DDR von der BRD-Regierung, also vom bundesdeutschen Steuerzahler, Ausgleichszahlungen für das erlittene „Enteignungsunrecht“. Nur eben nicht genug, wie die 47 Kläger jetzt meinen.

Interessant, wie der Strasbourger Gerichtshof sich in diesem Fall verhält. Die Alteigentümer jedenfalls sehen Oberwasser seit dem jüngsten Urteil für die enteigneten DDR-Bürger.

Ja? Schon komisch, denn wenn die Bodenreform rechtens war, ist den einstigen Großagrariern kaum der Status vom Opfern einzuräumen. Warten wir ab. Interessant wird das Urteil so und so.

• MAXI WARTELSTEINER

In den drei Westsektoren hintertrieben die Alliierten ihr eigenes Potsdamer Abkommen und hinderten demokratische Kräfte an der Durchführung einer Bodenreform. In der sowjetischen Besatzungszone dagegen wurden 7160 Großgrundbesitzer mit 2517457 Hektar sowie der landwirtschaftliche Besitz von aktiven Faschisten und Kriegsverbrechern (4537 Betriebe mit 131742 Hektar) entschädigungslos zugunsten ehemaliger Knechte, Kleinbauern und Umsiedler aufgeteilt.

vin Brandenburg übernahmen) in Gang. Bereits am 11. Juni hatte die KPD in diesem Sinne ihre Forderung, die Volksernährung zu sichern, mit dem Kampf um Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit verbunden. In den drei Westsektoren hintertrieben die Alliierten ihr eigenes Potsdamer Abkommen und hinderten demokratische Kräfte an der Durchführung einer Bodenreform. In der sowjetischen Besatzungszone dagegen wurden unter dem Motto „Junkerland in Bauernhand“ 7160 Großgrundbesitzer mit 2517457 Hektar sowie der landwirtschaftliche Besitz von aktiven Faschisten und Kriegsverbrechern (4537 Betriebe mit 131742 Hektar) entschädigungslos zugunsten ehemaliger Knechte, Kleinbauern und Umsiedler aufgeteilt. Es entstanden damals 210 272 Neubauernstellen, aber auch Saatgut- Tierzucht- und Forschungsbetriebe. Die PDS nennt die Bodenreform gewiss nicht zu Unrecht das

siehe oben, die Bundesregierung und ihre staatsnahen Richter scheuten keinen noch so großen Rechtsbruch, um die Geschichte zu korrigieren.

Opa Wiese war lange tot, als seine Töchter am 1. März 1990 dank eines Beschlusses der Modrow-Regierung Voll-eigentümerinnen ihres noch mit Auflagen ererbten Landes wurden – um in komplizierten Übergangszeiten, wie Hans Modrow sagte, „vorsorglich gleiches Recht für alle zu schaffen“. Inzwischen ist knapp 92jährig auch Opa Wieses Älteste gestorben, meine Schwiegermutter. Wird es ihre Schwester wenigstens noch erleben, dass das Enteignungsunrecht von 1992 wieder gut gemacht wird?

Wer künftig auch immer regiert, es wird noch manches Unrecht wenigstens zu lindern sein. Die Kohl-Regierung hat sich zahlreicher Menschenrechtsverletzungen bei der Einvernahme der DDR zu schulden kommen lassen: Das Urteil von

Gut beraten sind Freunde des Teezeremoniells, die ihre Schritte nach Grünau in die Alte Salzstraße lenken – zu einem Privatmuseum historisch-russischer Samoware mit Exponaten russischer Teekultur. Der exzellente Kenner dieser Szene – Anton Groß – hat in 30 Jahren rund 100 Samoware verschiedener Größen und Formen zusammengetragen. Die Sammlung wird vervollständigt durch großformatige Gemälde, Fotos, Presseveröffentlichungen und Bücher. Er besitzt Materialien, die ihm vom Tulaer Werk „Schtamp“, dem St. Peters-burger Werk „Arsenal“, dem Samowar-Museum Tula, dem Historischen Museum Moskau und vom Museum für Angewandte Volkskunst Moskau zur Verfügung gestellt wurden. Was für ein Einblick in die Entwicklung der russischen Teekultur tut sich hier auf. Schwerpunkte dabei bilden *Anfänge des Teetrinkens und des Teehandel; Entwicklung vom „Sbitemik“* (Vorläufer) zum Samowar (dt: Selbstkocher); *Tula - Stadt der Samoware*; die *Samowar-Könige* und das *Kunsth Handwerk*; der *Samowar als Bestandteil der russischen Lebensweise* sowie der *Samowar in Kunst, Kultur und Literatur*. Eine Zitatsammlung aus den Werken bedeutender Dichter und Schriftsteller wie Puschkin, Gogol, Dostojewski, Tolstoi bis Rasputin dokumentiert die Trinkgewohnheiten der jeweiligen Zeit und die hervorragende Rolle des Samowars in allen Schichten der russischen Gesellschaft.

Mehrfach wurde diese Sammlung öffentlich vorgestellt, so in Vereinen und Organisationen wie insbesondere auch auf der Leipziger Geschenke-Messe in Jahre 2001. Das Fernsehen und auch Radio MDR stellten diese Sammlung von Anton Groß im Rahmen einer „Teestunde“ vor.

## Privatmuseum über russische Teekultur

Zu den Besonderheiten der Sammlung zählen u. a. historische Kupfer- und Messingsamoware aus Tula, ein handgearbeiteter „Wassererhitzer“, ein Sputnik-Samo-



war, eine Mini-Kopie des Samowars von Leo Tolstoi und künstlerisch bemalte Samoware.

Seit der letzten Frankfurter Buchmesse gibt es in all das hier Geschilderte Einblicke in Buchform. Dagmar Schäfer und Anton Groß verfassten einen hochinteressanten Band *„Der Samowar. Russland lädt zum Tee“* (128 S., geb., 24,90 Euro). Er wurde vom Leipziger Buchverlag *Für die Frau* herausgegeben und erzählt anschaulich und spannend, versehen mit reichhaltigen Illustrationen und Rezepten fürs Tee-Zeremoniell, von der Samowar-Tradition.

Der Leipziger Anton Groß ist der wahrscheinlich einzige westeuropäische Experte für russische Teekultur. Seine Tätigkeit als Sprachlehrer und Dolmetscher förderte sein Interesse an diesem Spezialgebiet. Er lebt in Leipzig und beschäftigt sich, nunmehr im Ruhestand, intensiv mit der Pflege seiner Sammlung. Diese resultiert weitgehend aus Geschenken von Freunden und Bekannten sowie aus Erinnerungstücken von zahlreichen Reisen nach Moskau, St. Petersburg, Irkutsk, Tula oder Perm. Durch viele Kontakte, regen Briefwechsel mit russischen Museen und Samowar-Sammlern sowie eigene Studien erweitert Anton Groß ständig seine Sammlung und präsentiert sie auf Fachmessen und Ausstellungen. Nach Absprache können sich Interessenten und Interessengruppen mit den vielfältigen Exponaten an Ort und Stelle vertraut machen. Wie gesagt in Grünau, Alte Salzgasse 54, Tel:03 41/4 12 62 69.

• BRUNO SCHWEITZER



## Die Lausitzer und Bill Gates

Was mag es da an Gemeinsamkeiten geben? Ende voriger Woche besuchte Ministerpräsident Milbradt die Krisenregion mit den höchsten Arbeitslosenquoten Sachsens. Das wäre aller Ehren wert gewesen, wenn er nicht nur mit dürren Worten und ansonsten leeren Händen gekommen wäre. Er lobte die Projekte des Initiativkreises Netzwerk Lausitz, der sich um eine nachhaltige, auf Eigeninitiative beruhende Arbeitsmarktpolitik, bemüht. Keinen „Nachschub für Nürnberg“ liefern zu wollen als erklärtes Ziel des Netzwerkes Lausitz und dafür alle örtlichen Möglichkeiten zu nutzen ist nicht hoch genug zu würdigen. „Gut ausgebildete, engagierte und lernwillige Menschen gehören zu den wichtigsten Pluspunkten des Standortes Sachsen“, lobt Milbradt. Aber wo sind die Pluspunkte für die Landespolitik? Wenn sie nur wohlwollend zur Kenntnis nimmt, dass Jugendliche sich selbstständig machen, um sich eine Existenz zu sichern und damit dem Microsoft-Gründer und heutigen Multi-Milliardär Bill Gates nacheifern, der aus einer Idee ein Unternehmen machte, dann ist das nichts anderes als die aufgewärmte verlogene Tellerwäscher-Story: Es liege an jedem einzelnen. Darin erschöpft sich in Sachsen die Strategie der Regierung.

• G. L.

# Experten verrissen CDU-Entwurf für Behindertengesetz

LN. In einer Anhörung im Sozialausschuss des Landtags erfuhr der Regierungsentwurf für ein Behindertengesetz eine weitgehende Ablehnung. Der Gesetzentwurf der Staatsregierung, sei alles andere als ein Behindertengesetz, äußerte der sozialpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Johannes Gerlach. Der Entwurf zum Gesetz zur Verbesserung der Integration von Menschen mit Behinderungen im Freistaat Sachsen, habe nicht einen einzigen Vorschlag der Behindertenverbände aufgenommen. Ohnehin hätten SPD und PDS in ihrem gemeinsamen Gesetzentwurf schon eine wesentliche bessere Grundlage für das Ge-

setzungsverfahren geschaffen, so Gerlach. Besonders zu kritisieren sei, dass der Gesetzentwurf die Kommunen in keiner Weise in die Pflicht nähme. „Der Entwurf ist nichts weiter als ein schwaches Lippenbekenntnis. Wo die Beseitigung von realen Barrieren mit Kosten verbunden ist, nehme die Regierung Abstand von gesetzlichen Festschreibungen.“

Der Sprecher der PDS-Fraktion, Dr. Dietmar Pellmann äußerte, in der Geschichte des Sächsischen Landtages habe es wohl noch nie einen so inhalts- und nutzlosen Gesetzentwurf wie den der Regierung gegeben und fast alle Experten bestätigten das. Der Vorsitzende des Lan-

desverbandes der Gehörlosen, Martin Domke, bezeichnete den Regierungsentwurf als „großen Rückschritt im Vergleich zu den Regelungen in anderen Bundesländern“. Der Kasseler Jurist Alexander Drewes, Mitautor des Bundesgleichstellungsgesetzes, war gar der Meinung, dass dies mit Abstand das schlechteste Behindertengesetz in Deutschland sei. Ähnlich äußerte sich der Vertreter des Forums behinderter Juristinnen und Juristen.

Die Gutachter empfahlen mehrheitlich, den gemeinsamen PDS/SPD-Gesetzentwurf zum Gegenstand des weiteren parlamentarischen Verfahrens zu machen.

## Keine Privilegien bei Praxisgebühr

LN. Während die Bundesregierung durchsetzen will, dass auch Bundesbeamte und Bundestagsabgeordnete bei der Zahlung der Praxisgebühr nicht besser als jeder andere gestellt werden und sich dem eine Reihe Bundesländern für ihren Geltungsbereich angeschlossen haben, will sich Sachsen dieser Regelung, wie aus dem Finanzministerium verlautet, nicht anschließen.

Der sozialpolitische Sprecher der PDS-Fraktion, Dr. Dietmar Pellmann, erklärte dazu, die PDS bleibe bei ihrer Forderung nach sofortiger Abschaffung der Praxisgebühr. Solange sich dies aber noch nicht durchsetzen lässt, sollte es wenigstens zu einer Gleichbehandlung aller kommen. Es kann nicht sein, dass sich Beamte und Landtagsabgeordnete, die keiner gesetzlichen Krankenkasse angehören, der Entrichtung der Praxisgebühr entziehen können. Er forderte die CDU-Regierung auf, in diesem Sinne tätig zu werden.

## Beraterverträge undurchsichtig

LN. Die sächsische Regierung hat seit 1999 für externe Berater fast zwölf Millionen Euro ausgegeben. Wie das Finanzministerium auf SPD-Anfrage mitteilte wurden dafür 170 Verträge geschlossen. Hinzu kommen mehr als zwei Millionen Euro für 27 Aufträge an Werbeagenturen. Spitzenreiter ist mit 46 Verträgen die Staatskanzlei, gefolgt vom Finanzministerium mit 32 Verträgen über insgesamt 3,8 Millionen Euro.

Der SPD-Abgeordnete Schulmeyer warnte vor der Installation eines „Schattenkabinetts von Beratern“. Neben der Gesamthöhe der Ausgaben kriti-

sierte er die zahlreichen Einzelverträge in der Staatskanzlei zum Projekt „InfoHighway“. Bei der elektronischen Vernetzung der Ämter seien bereits bei der Ausschreibung elf Aufträge an juristische Berater in einer Höhe von insgesamt über 1,75 Millionen Euro vergeben worden. Die Staatsregierung verschweigt die Namen der Berater. Die anonyme Auflistung der Beauftragten – datenschutzrechtlich begründet – stieß auf Kritik. SPD-Fraktionschef Jurk erklärte, die Abgeordneten müssten wissen, wohin die Millionen fließen und drohte mit dem Landesverfassungsgericht.

## Kitas sanierungsbedürftig

LN. Aus der Regierungsantwort auf eine Anfrage des PDS-Landtagsabgeordneten Falk Neubert geht hervor, dass 1030 von 2789 Kindertagesstätten in Sachsen nur unter Auflagen betrieben werden können. In Dresden beträgt der Anteil fast

62 Prozent. Die Auflagen beziehen sich vor allem auf die Beseitigung baulicher und brand-schutztechnischer Mängel.

Bereits 2002 bestand in den Kindertagesstätten ein Investitionsbedarf von über 275 Millionen Euro besteht.

## PDS vor der Landtagswahl Kernmannschaft mit Minister-Kompetenz

LN. Auf seiner Tagung am 24./25. Januar hat sich der Landesvorstand der PDS Sachsen eingehend mit den bevorstehenden Wahlen im Jahr 2004 befasst.

Im Mittelpunkt stand die Benennung einer Kernmannschaft für die Landtagswahlen. Neben dem Spitzenkandidaten Peter Porsch sollen sechs Kandidaten den Kern der Landesliste bilden: Cornelia Ernst, MdL (47), die mit ihrer sozialpolitischen Kompetenz ein wichtiges Politikfeld repräsentiert,

Andre Hahn, MdL (40), als ausgewiesener Bildungspolitiker, Andrea Roth, MdL (50), Umweltpolitikerin, die für ausgezeichnete Erfahrungen in der Verbindung von parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit steht,

Klaus Bartl (53), der über höchste Kompetenz in Verfassungs- und Rechtsfragen verfügt,

Conny Falken (47), GEW-Kreisvorsitzende Leipzig, die linke Positionen in allen Bildungsfragen vertritt,

Ronald Weckesser, MdL (55), als unbestrittener Experte in Haushalts- und Finanzfragen.

Der Landesvorstand schlug weiterhin die Landesvorsitzende Cornelia Ernst für Platz 2 und die stellvertretende Bundesvorsitzende Katja Kipping für Platz 3 der Landesliste vor.

Der Landesvorstand rief den Landesparteitag zur Verabschiedung des Wahlprogramms für den 3. April 2004 nach Markkleeberg ein. Zum ersten Mal wird die PDS mit einem eigenen Jugendwahlprogramm in die Wahlkämpfe gehen.

Darüber hinaus unterstützte der Landesvorstand den vom Parteivorstand unterbreiteten Listenvorschlag mit den erstmals vorgeschlagenen Ersatzbewerbern für die Wahlen zum Europäischen Parlament.

### 20. Januar

**Dresden.** Eine Emnid-Umfrage vom Dezember über das Wahlverhalten ergibt für die CDU 57 Prozent wie vor der August-Umfrage (53), die PDS bleibt bei 22 und die SPD sinkt von 14 auf 12 Prozent. FDP und Grüne erreichen je 2 Prozent.

**Dresden.** Sachsens Wohnungsunternehmen verlangen, wie Verbandsdirektor Ostendorf fordert, ein härteres Vorgehen gegen Schmierereien an Häusern. In Sachsen entstand 2002 ein Schaden von 2,7 Millionen Euro. Das Innenministerium bereitet dazu eine Verordnung vor.

### 21. Januar

**Dresden.** Den 14 Leipziger Studenten, die am 16. Januar mit Protesten im Landtag eine Rede von Wissenschaftsminister Röbber unterbrechen, wird eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch angekündigt.

**Berlin / Dresden.** Der Zentralrat der Juden in Deutschland, in den folgenden Tagen auch der Verband der Sinti und Roma, die VVN, der Verband der Opfer der NS-Militärjustiz und die weiteren Vereinigungen von NS-Opfern, beenden

## SACHSEN-CHRONIK

20. Januar bis 2. Februar

die Mitarbeit in der Stiftung Sächsische Gedenkstätten wegen der „Gleichsetzung von NS-Verbrechen mit dem stalinistischen Unrecht“ im 2003 beschlossenen Stiftungsgesetz und der Bereitstellung von nur weniger als 40 Prozent der Finanzen für das Gedenken an Naziopfer.

### 22. Januar

**Dresden.** Justizminister de Maizière bildet bei der Staatsanwaltschaft Dresden eine mit Sonderrechten ausgestattete Gruppe zur Korruptionsbekämpfung. Anlass waren u. a. die Affären um die Olympiabewerbung Leipzigs.

### 23. Januar

**Leipzig.** Die Innenminister von Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg unterzeichnen mit Blick auf die EU-Osterweiterung ein Abkommen zur Ko-

operation, um insbesondere der organisierten Kriminalität und schweren Straftaten wirksamer begegnen zu können.

### 27. Januar

**Dresden.** Angesichts des Widerstandes von Opferverbänden gegen die Gedenkstättenpolitik in Sachsen ist Ministerpräsident Milbradt um Schlichtung bemüht. CDU-Fraktionschef Hähle schließt eine Änderung des Stiftungsgesetzes nicht aus.

### 28. Januar

**Torgau / Grimma.** Die Sonderkommission Rechtsextremismus des Landeskriminalamtes ermittelt gegen ein illegales Vertriebsnetz rechtsextremistischer Gruppen wegen der Verbreitung von Kennzeichen und Materialien verfassungsfeindlicher Organisationen. Bei Durch-

suchungen findet sie 160 Hakenkreuzfahnen und 2500 Tonträger einer Neonazi-Band.

**Leipzig.** 150 Studenten der Universität besetzen das Regierungspräsidium, um ihre Forderungen nach bedarfsgerechter Hochschul-Finanzierung, demokratische Mitbestimmung und Verzicht auf Studiengebühren zu bekräftigen

### 29. Januar

**Leipzig.** Der Sächsische Verfassungsgerichtshof gibt wesentlichen Teilen einer Klage der PDS-Landtagsfraktion statt, die beanstandet hatte, dass ihr Kandidat für den Vorsitz im Wissenschaftsausschuss von der CDU-Mehrheit ohne Begründung abgelehnt wurde.

### 30. Januar

**Dresden.** Die PDS bringt einen Entwurf zur Änderung des umstrittenen Gedenkstättengesetzes ein, der u. a. darauf zielt, den Kreis der von der Stiftung zu finanzierenden Stätten um zwei KZ und die Leipziger Gedenkstätte für Zwangsarbeiter zu erweitern und den Stiftungszweck neu zu definieren.

## Der Name

Anfangen hatte alles mit grünen Lodenmänteln. Diese und andere gleichfarbige Kleidungsstücke, etwa die der Jäger und Förster, bestimmten im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts auffällig das Stadtbild, wenn die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) ihre jährliche Wintertagung in Berlin abhielt. 1926 wurde daraus eine ständige Warenbörse, die „Grüne Woche“. Heute ist aus ihr die international bedeutendste Messe der Ernährungswirtschaft, der Landwirtschaft und des Gartenbaus unter Einbeziehung hunderttausender Verbraucher geworden. Die „Grüne Woche“ ist keine Woche der Grünen, hat also nichts mit der Partei der Grünen zu tun. Sie haben diesen Namen auch nicht kreiert, betrachten die Ausstellung, die sich auch mit Bio-Landwirtschaft, gesunder Ernährung und Verbraucherschutz beschäftigt, aber als ihre ureigenstes Anliegen. Die Erfindung des Namens beansprucht die schreibende Zunft für sich.

## Licht und Schatten

Ministerin Künast beim Biss in einen Riesenschaschlik, Thüringens MP Althaus in gleicher Pose an einer Bratwurst, Bauernpräsident Sonnenleitner mit einem Maß voller Bierschaum(!) – mit solchen banalen Bildern warben die Medien für den Besuch der „Grünen Woche“, kritische Töne waren selten.

„Der Markt wird es schon richten“, heißt eine gängige, die wirtschaftliche Zusammenhänge verschleiernde Redewendung. Auch über die 69. IPW hat er scheinbar sein Urteil gesprochen.

75 Prozent der 1581 Aussteller aus 55 Ländern, unter ihnen Russland, Weißrussland, die Ukraine, die baltischen Länder und mit Ausnahme von Albanien alle ehemaligen sozialistischen Länder Osteuropas, äußerten sich zufrieden über den geschäftlichen Erfolg, insbesondere den Verkauf. Der Hauptstadt Berlin hat die Messe einen Kaufkraftzufluss von zirka 100 Mill. Euro gebracht. 95 Prozent der 465 793 Besucher waren begeistert. Sie unterstrichen das, indem sie im Durchschnitt pro Person 104 Euro für den Kauf und die Bestellung von Produkten ausgaben. Und nicht zuletzt: Der Besuch der Ausstellung war auch für viele „ein gefundenes Fressen“, denn jeder Besucher gab 26 Euro für den Verzehr von Speisen und Getränken aus. Die Kunden folgten damit dem vom Chef der Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie herausgegebenen Slogan: „Genuss ist geil“.

Zur gleichen Zeit, als auf der „Grünen Woche“ über gesunde Ernährung und Verbrauchersicherheit diskutiert wurde, gab die Sendereihe „Umwelt“ des ZDF Einblicke in einen Report der Verbraucherschutzorganisation „foodwatch“ über Irreführung der Kunden durch das neue Gütesiegel „QS“, das seit Oktober 2001 vielen Fleischerzeugnissen Qualität und Sicherheit bescheinigen soll. Es würde mit vollmundigen Versprechungen über Qualität und Sicherheit getäuscht, da die Anforderungen an die Fleischprodukte zu niedrig sind und auch Betriebe mit „schweren Mängeln“ das Siegel erhalten. Hauptursache dafür ist, dass die Gesellschafter der „QS Qualität und Sicherheit GmbH“, die die Siegel vergibt, gleichzeitig die Vertreter der Fachverbände der Agrar-, Futtermittel- und Lebensmittelwirtschaft sind. Da sie selbst also betroffen sind, haben sie sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner geeinigt.

Was sich auf der „Grünen Woche“ nicht widerspiegelte: in Deutschland hat die Krise der Gesellschaft dazu geführt, dass das sinkende Vertrauen der Menschen in die Zukunft sich in abnehmender Konsumneigung ausdrückt. Demzufolge war das Inlandsgeschäft in der Ernährungswirtschaft 2003 schwach, insbesondere in der Getränkeindustrie gab es Umsatzrückgänge. Wieder Arbeitsplatzabbau in der Branche. Insgesamt gingen in den letzten zehn Jahren 70 000 Plätze verloren. Weitere Probleme werden sichtbar in der unendlichen Diskussion über das Dosenpfand, die Bekämpfung von BSE, dem Umgang mit Gentechnik u. a. Ohne den Besuchern nachträglich die Freude am Staunen, Essen und Einkaufen nehmen zu wollen: Es ist manches faul im Überfluss.

## Die 69. Internationale Grüne Woche (IPW) in Berlin

Nachbetrachtungen von Manfred Bols

Wenn man vom Süden her die Halle 2 des riesigen Ausstellungskomplexes betritt, in der Russland auf einer Fläche von 4000 m<sup>2</sup> seine Produkte präsentiert und verkauft, fällt ein allerdings wenig einladender Imbissstand aus der Region Krasnodar ins Auge, der neben der unvermeidlichen deutschen Bockwurst typisch russische Gerichte anbietet, wie den berühmten Borschtsch, dann Rassolnik – eine Suppe auf saurer Gurkenbasis, sibirische Pelmeni, eingelegte Pilze und Tomaten sowie Salzgurken. Dazu kann man russisches Bier trinken, den halben Liter für 1 Euro. Über dem Stand prangt eine große Inschrift: *Agrarfirma Leninskij Put*. Ein zweiter Imbiss-Stand daneben heißt *Agrarfirma Imeni Iljitsch*. Ich frage die am Info-Stand auf Wissbegierige und Interessenten wartende Dolmetscherin nach der Bedeutung dieser Namen. Hatte Russland nicht gerade den *Lenin'schen Weg* als ungangbar verlassen? Die blonde Moskauerin lächelt: „In Berlin gibt es doch auch einen Kaiserdamm. Lenin wollte Glück und Wohlstand für die Menschen. Das ist doch nichts Schlechtes?“ Inzwischen ist der Chef herbeigeeilt, lässt sich meine Frage übersetzen und korrigiert. Die Menschen würden heute nicht mehr an Lenin denken, die Namen wären aus Gewohnheit und Tradition beibehalten worden.

Beim Rundgang durch die Halle erinnern weitere Namen an die Sowjetunion. Eine Süßwarenfabrik aus St. Petersburg, die den bekannten, einzeln in buntes Papier eingewickelten Konfekt anbietet, ist nach der Frau Lenins, Krupskaja, benannt. Das größte Moskauer Fleischkombinat mit dem Titel „Offizieller Lieferant des Kreml“ trägt den Namen des Bolschewiken und früheren Staatsoberhauptes der SU, Mikojan. Es gibt die Handelsfirma für Obst und Gemüse „Gagarinskoje“, das Handelshaus „Ramsai“ (Pseudonym des Kundschafters Dr. Sorge) u.a. Natürlich sieht man auch neue Firmen. Die Moskauer Spirituosenfabrik „KiN“ glänzt mit dem „Botschafter Russlands Nr. 1“, einem neuen Wodka namens „Matrjoschka“. Die Flasche ist der Holzfigur nachgestaltet, der Inhalt bei der Herstellung mit Moosbeeren und Honig angesetzt. Dagwino Petersburg bietet neben

Spirituosen kunstgewerbliche Erzeugnisse wie die unvermeidlichen Matrjoschkas an.

Viele Regionen Russlands präsentieren ihre Erzeugnisse. Wolgograd zum Beispiel Fischerzeugnisse, Altai – das Öl der sibirischen Weißtanne, Honig und Pinienkerne.

Russland, zum zweiten Mal hier und in diesem Jahr der größte ausländische Aussteller, unternimmt große Anstrengungen, um den Anschluss an Europa zu schaffen. Überall wird auf das Gesetz über die Qualität und Sicherheit der Lebensmittel verwiesen, das eine Achillesferse russischer Lebensmittelproduktion und gleichzeitig ein Image-Problem beseitigen helfen soll. Insgesamt wird sichtbar – die berühmte Talsohle scheint durchschritten, man versucht, die Mühen eines neuen Aufstiegs zu meistern. Die letzten wirtschaftlichen Zuwachszahlen stimmen optimistisch. Putins Ziel ist es, in den nächsten zehn Jahren die Bruttoproduktion Russlands zu verdoppeln. Solche Zielstellungen sind uns aus der Vergangenheit auch unruhlich bekannt. Der Präsident will damit sicher auch seinen Führungsanspruch für diese Zeitspanne unterstreichen, obwohl er nach der Verfassung nur noch eine Wahlperiode im Amt bleiben darf. Aber die Verfassung kann man noch ändern.

Wohin geht Russland nach 15 Jahren Perestrojka? Wie immer sind bei großen gesellschaftlichen Umwälzungen die kleinen Leute die Leidtragenden. 146 Euro beträgt umgerechnet der aktuelle monatliche Durchschnittslohn derjenigen, die in Russland Arbeit haben. 31 Millionen Menschen leben nach Angaben von Präsident Putin unterhalb der Armutsgrenze. Es gibt so gut wie keinen Mittelstand. Dafür hat sich eine Schicht von Millionären, die Oligarchen, herausgebildet, die Wirtschaft und Staat zu beherrschen suchen.

Ein besorgniserregendes Phänomen ist, dass es Probleme mit der Brotversorgung gibt. Was für ein Gegensatz zu dem bunten appetitlichen Angebot auf der „Grünen Woche.“

„Mit dem Verstand ist Russland nicht zu begreifen, an Russland muss man einfach glauben,“ schrieb einstmal Fjodor Tjuttschew, ein bekannter russischer Dichter und Sozialkritiker des 19. Jahrhunderts.

Glaube ist Hoffnung. Möge das russische Volk seine Schwierigkeiten bald überwinden.



Größter  
ausländischer  
Aussteller –  
Russland

Auf der IPW kann man endlos essen und trinken. Man kann sich aber auch mit einer Creme die Schuhe putzen lassen, die angeblich eine Woche lang glänzt. Brillenträgern wird ihre Sehhilfe mit einer Superklar-sichtemulsion besprüht und wer eine durch das anstrengende Bummeln verspannte Nacken- und Schultermuskulatur hat, kann sich von Verkäuferinnen, die für das Massagegerät „Willi“ werben, von den Schmerzen befreien lassen. Man kann sich aber auch zielstrebig betrinken. Überall lauern aufdringliche Weinverkäufer. Ständig wird man angesprochen und zum Trinken eingeladen oder soll Lose ziehen, die auch nur eine andere Form der Einladung zum Kosten und Kaufen sind. Es müssen hunderte Weingüter sein, die sich auf der IPW niedergelassen haben.

Ab 12 Uhr ist in vielen Hallen kaum

noch ein Durchkommen, man wird nur noch geschoben. Betrachtet man die Szene von oben, wird man an Fernsichtbilder über Pilger in Mekka erinnert, die während der Hadsch Leib an Leib in Massen die Kaaba umrunden, das Heiligtum der Mos-

## Im Strom der Besucher

lems. Sie müssen es allerdings siebenmal tun.

In der so gerühmten Blumenhalle fühlt man sich wie Pfingsten auf der Insel Mainau, vor Menschen sind kaum Blumen zu sehen. Es fällt schwer, im Ausstellungskomplex die Übersicht zu behalten, obwohl überall Orientierungstafeln stehen. Treppen, Flure, Übergänge, Kreuzungen,

Sackgassen, die Ausstellung ist ein einziges Labyrinth. Als Leipziger wird einem der Vorteil der Neuen Messe mit ihren klar angeordneten großen Ausstellungshallen schmerzlich bewusst. Ist denn noch keiner auf den Gedanken gekommen, die „Grüne Woche“ nach Leipzig zu verlegen?

Zum Glück gibt es in allen Gebäuden zahlreiche Notausgänge unmittelbar nach draußen. Man kann frische Luft schnappen, neuen Mut tanken und sich dann wieder ins Gewühl stürzen. Dort hat sich inzwischen der Geruch von Gebratenem, Gesottenem und zahlreicher Gewürze mit den Schweißausdünstungen und Alkoholfahnen der Menschen zu einer Symphonie vermischt, die den Besucher mit einem unaussprechlichen Gefühl der „Freude“ erfüllt. Aber die Menschentraube wälzt sich weiter. Man könnte schließlich etwas verpassen.

## I.

Als es in der Mitte der 60er Jahre des 18. Jahrhunderts Mode wurde, die Ergebnisse eines „berühmten“ Hellsehers namens Swedenborg zu bestaunen, setzte sich der an Gründlichkeit kaum zu übertreffende Kant hin, und schrieb die „Träume eines Geistersehers, erläutert durch die Träume der Metaphysik“ (1766). Im Vorwort zu dieser Schrift bekennt der Autor mit einer gewissen Demütigung, dass er den Erzählungen des Geistersehers nachgespürt habe. Aber „er fand – wie gemeiniglich, wo man nichts zu suchen hat – er fand nichts“. Bestätigt aber wurde seine Auffassung, wonach das Schattenreich das Paradies der Phantasten ist. Hier finden sie ein unbegrenztes Land, wo sie sich nach Belieben tummeln können.

„Hypochondrische Düfte, Ammenmärchen und Klosterwunder lassen es an Bauzeug nicht ermangeln. Die Philosophen zeichnen den Grundriß und ändern ihn wiederum oder verwerfen ihn, wie es ihre Gewohnheit ist. Nur das heilige Rom hat daselbst einträgliche Provinzen.“ Schon diese wenigen Zeilen zeugen vom Witz und von der aufklärerischen Geisteshaltung von Kant. Und dass die Scharlatanerie mit dogmatischer Metaphysik und mit dem heiligen Rom in Verbindung gebracht wird, ist bemerkenswert. Da sich noch heute (oder schon wieder?) mit Kartenlegerei und astrologischen Spinnereien Geschäfte machen lassen, ist die Kantsche Schrift nicht veraltet. Außerdem ist sie die vielleicht beste Einführung in seine Denkweise.

Mit astrologischen Spekulationen hatte Kant nichts am Hut, wohl aber mit den Sternen. Seine Wendung vom „gestirnten Himmel über mir“ gehört zu den meistzitierten. Als 34-Jähriger schrieb er die „Allgemeine Naturgeschichte und Theorie des Himmels, oder Versuch von der Verfassung und dem mechanischen Ursprunge des ganzen Weltgebäudes, nach Newtonschen Grundsätzen abgehandelt“ (1755). In dieser Schrift stellte er die bis heute nicht veraltete Hypothese auf, dass sich das Sonnensystem aus einer rotierenden Nebelmasse, die aus kleinsten im Raume verteilten Materieteilchen bestand, gemäß den Newtonschen Gesetzen in seiner gegenwärtigen Gestalt entwickelt habe. Damit war das Entwicklungsprinzip in die Naturforschung eingeführt. Ein Hauptsatz dieser Schrift lautet: Gebt mir nur Materie, ich will euch eine Welt daraus bauen. Dass seine Theorie Ähnlichkeit mit der der antiken Atomisten hat, leugnet Kant nicht. Den Befürchtungen, dass daraus auf Atheismus geschlossen werden könne, begegnet er so: „Es ist ein Gott eben deswegen, weil die Natur auch selbst im Chaos nicht anders als regelmäßig und ordentlich verfahren kann.“ Nicht von Gott wird hier auf die Gesetzmäßigkeit der Natur geschlossen, sondern von dieser auf Gott.

In der Natur geht es regelmäßig und ordentlich zu, wie aber in der menschlichen Gesellschaft? Chaotisch. In den Kriegen findet dies seinen extremsten Ausdruck. Also denkt Kant über den Frieden nach. Seine Schrift „Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf“ (1795) ist nicht durch schwärmerisches Wunschdenken charakterisiert, sondern stark realitätsbezogen. Kant hellt Bedingungen auf, die gegeben oder herzustellen sind, wenn die Friedensidee mehr und mehr Realität werden soll. Die erste, in jedem einzelnen Staate herzustellende Bedingung ist, dass seine bür-



## Kritik versus Dogma

Zum 200. Todestag von Immanuel Kant

VON HELMUT SEIDEL \*

gerliche Verfassung republikanisch sein soll. Das zweite ist die Stiftung und Einhaltung eines Völkerrechts. Und drittens sollte ein Weltbürgerrecht gelten, nach dem die Menschen als Bürger „eines allgemeinen Menschenstaates“ angesehen werden. Es wäre ein gutes Zeichen, wenn heute vor der UNO ein Kantdenkmal errichtet würde.

Kant war ein streitbarer Republikaner, der intensiv die Anstrengungen der französischen Nation verfolgte, den Absolutismus zu überwinden und eine Republik zu errichten. In seiner Schrift „Der Streit der Fakultäten“ (1798) verteidigte er die Französische Revolution auf seine Weise: „Die Revolution eines geistreichen Volkes, die wir in unseren Tagen haben vor sich gehen sehen, mag gelingen oder scheitern; sie mag mit Elend und Greuelthaten dermaßen angefüllt sein, daß ein wohl denkender Mensch sie, wenn er sie zum zweitenmal unternehmend glücklich auszuführen hoffen könnte, doch das Experiment auf solche Kosten zu machen nie beschließen würde, diese Revolution, sage ich, findet doch in den Gemütern aller Zuschauer ... eine Teilnahme dem Wunsche nach, die nahe an Enthusiasmus grenzt, und deren Äußerung selbst mit Gefahr verbunden war, die also keine andere als eine moralische Anlage im Menschengeschlecht haben kann.“

Hätte Kant nur die hier angezogenen Schriften verfasst – er hat natürlich viel mehr geschrieben –, er müsste doch als der hervorragendste philosophische Kopf der deutschen Aufklärungsbewegung bezeichnet werden. Zumal er dieser erst mit seinem Aufsatz „Was ist Aufklärung?“ klares Selbstbewusstsein gegeben hatte. „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“ Das ist seine Losung und die der Aufklärung.

Sprengt alle Fesseln, die dich in Unmündigkeit halten. Aber all dies macht noch nicht einmal den halben Kant aus.

## II.

Weltweite Wirkung, die bis in unsere Zeit reicht, erzielte Kant mit der Begründung des philosophischen Kritizismus. Von Kritizität kann hier keine Rede sein, wohl aber von gründlicher Prüfung des menschlichen Erkenntnisvermögens, des Begehrungs- und Urteilsvermögens. Auf die Frage: *Was kann ich wissen?* gibt die „Kritik der reinen Vernunft“ Antwort. Die „Kritik der praktischen Vernunft“ will Antwort auf die Frage geben *Was soll ich tun. Was darf ich hoffen?* ist die Frage, die die „Kritik der Urteilskraft“ zu beantworten versucht. Kants Philosophie ist Vernunftskritik. Es stellt sich hier allerdings die Frage, ob es die Vernunft ist, die Unvernünftiges kritisiert, oder ob es die Vernunft ist, die kritisiert wird. Bei Kant ist beides der Fall: kritisierende Vernunft und Selbstkritik der Vernunft. In der „Kritik der reinen Vernunft“ schreibt Kant: „Unser Zeitalter ist das eigentliche Zeitalter der Kritik, der sich alles unterwerfen muß. Religion, durch ihre Heiligkeit, und Gesetzgebung, durch ihre Majestät, wollen sich gemeiniglich derselben entziehen. Aber alsdann erregen sie gerechten Verdacht wider sich und können auf unverstellte Achtung nicht Anspruch machen, die die Vernunft nur demjenigen bewilligt, was ihre freie und öffentliche Prüfung hat aushalten können.“ Hier ist es nun eindeutig die Vernunft, die einer gegebenen Wirklichkeit in diesem Falle die religiöse und staatliche – der Kritik unterwirft. Wenn allerdings die theoretische Vernunft über Erfahrung hinausfliegt, von den Bedingungsbeziehungen zum Unbedingten springt und sich dabei in Widersprüche verwickelt, dann wird diese Vernunft vom Standpunkt des Verstandes aus Gegenstand der Kritik.

Kant ist – soweit ich sehe – der erste Denker in der Philosophiegeschichte gewesen, der einen neuen Erfahrungsbegriff eingeführt und klar zwischen Verstand und Vernunft unterschieden hat. Die beiden großen Strömungen der neuzeitlichen Philosophie, der Rationalismus von Descartes ausgehend und der Empirismus von Bacon ausgehend, haben die Auffassung nicht überwinden können, derzufolge Erfahrung mit sinnlicher Wahrnehmung gleichgesetzt wurde.

Ihr Gegensatz zeigte sich in der Bewertung einer so gefassten Erfahrung. Während der Rationalismus die Erfahrung geringschätzte, weil sie im Einzelnen und Zufälligen befangen blieb und zu keinem allgemeingültigen und notwendigen Urteilen, wie sie in der Mathematik zu Hause sind, vordrang, fasste der Empirismus die so gefasste Erfahrung als Quelle all unserer Erkenntnisse. Kant kritisierte beide Richtungen: Der Rationalismus tappt in lauter Begriffen, denen die Anschauung fehlt; der Empirismus hat Anschauungen, aber keine Begriffe. Ein Kernsatz von Kant lautet daher: Begriffe ohne Anschauung sind leer, Anschauungen ohne Begriffe sind blind. Wie aber können Anschauungen und Begriffe miteinander verknüpft, „synthetisiert“ werden? Kant unterscheidet zwischen Wahrnehmungs- und Erfahrungsurteilen. „Die Sonne scheint“, „Der Stein erwärmt sich“ – das sind aufs Einzelne und Zufällige gehende Wahrnehmungsurteile. Der Satz „Die Sonne erwärmt den Stein“ ist ein Erfahrungsurteil, kein Satz der Perzeption, sondern ein Satz der Apperzeption. Hinzugekom-

men ist nämlich die Verbindung zweier Wahrnehmungen, die im angezogenen Beispiel ein Kausalverhältnis konstituiert. Das Scheinen der Sonne ist die Ursache, die das Erwärmen des Steines bewirkt. Diese kausale Verbindung kann nun aber – nach Kant – nicht aus der Wahrnehmung herausgeklaut werden, sondern sie ist das Resultat der synthetisierenden Tätigkeit des Verstandes. Dieses Vermögen des Verstandes ist Bedingung der Erfahrung, muss also dieser vorausgehen, ist also a priori gegeben. Transzendentalphilosophie nannte Kant seine Konzeption, die nicht Erfahrung überfliegt wie dies bei dogmatischer Metaphysik der Fall ist, sondern die Erfahrung begründet. Nun lassen sich von einer generell historischen Denkweise aus Einwände gegen die Kant'sche Konzeption vorbringen, aber nicht bestreitbar ist, dass mit dieser Wendung die Philosophie auf einen neuen, und zwar fruchtbaren Boden gestellt wurde.

Brisant wird dieser Ansatzpunkt dann, wenn von der Sinneswahrnehmung über den Verstand zur Vernunft aufgestiegen wird. Letzterer nämlich ist immanent, dass sie das Bestreben hat, von dem vom Verstand hergestellten Bedingungsbeziehungen zusammenhängen, in denen sich alles wissenschaftliche Denken bewegt, zum Unbedingten, von den nächsten Ursachen zu den letzten zu springen. Die Vernunft hat es mit Ideen zu tun, und eine davon ist die Gottesidee. Nun ist uns aber Gott in der Erfahrung, wie sie von Kant gefasst wurde, nicht gegeben. Die Gottesidee überfliegt also die Erfahrung ins Transzendente hinein. Ein wissenschaftlicher Beweis vom Dasein Gottes ist daher nicht möglich. Aus dem Begriff, dem die Anschauung fehlt, kann kein Sein abgeleitet werden. Freilich kann auch das Nichtsein Gottes nicht bewiesen werden, weil dies überhaupt kein Gegenstand der Wissenschaft ist. In der Kritik der reinen Vernunft tritt die Vernunft vornehmlich als das auf, was aufgrund des Überfliegens der Erfahrung kritisiert werden muss. In der „Kritik der praktischen Vernunft“ dagegen wird die Vernunft konstituiert.

## III.

Kant hat einen neuen Begriff von Moralität in die Philosophie eingeführt, und der praktischen Philosophie das Primat zuerkannt. In den Religionen wurde und wird Moralität in Beziehung zu Gottes Geboten gefasst. Moralisch handeln heißt, diesen Geboten entsprechend handeln. Unmoralisch ist, was gegen diese verstößt. Die Gebote erscheinen als den Menschen offenbarte, aus der Transzendenz kommende. Der Wille zum moralischen Handeln wird daher von außen bestimmt, ist also heteronom, nicht aber selbstbestimmt, nicht autonom. Die naturalistischen Ethik-Konzeptionen gehen davon aus, dass menschliches Handeln durch Triebe, Neigungen und Interessen bestimmt wird, dass Lustgewinn und Unlustvermeidung die Triebfedern des Handelns sind. Wer nüchtern unsere Gegenwart betrachtet, wird dies nicht leugnen können und auch der Menschenkenner Kant leugnet es in keiner Weise. Er bestreitet nur, dass dies etwas mit dem Wesen von Moralität zu tun habe. Denn auch hier erweist sich, dass der Wille heteronom ist, nämlich durch Sinnlichkeit bestimmt. Das Pochen auf Gott-Vater oder auf Mütterchen Natur ist zwar im Hinblick auf andere philosophische Fragen höchst bedeutsam, aber im Hinblick

Fortsetzung auf Seite 9



# Bauen in Leipzig 1945–1990

Für Leipziger ein Schmäckerl. Aber man muss nicht unbedingt Leipziger sein, um sich in diesem Buch festzulesen, in dem Zeitzeugen – Bauarbeiter wie Chefarchitekten, Wissenschaftler wie Denkmalspfleger, SED- wie Staatsfunktionäre – auf das Bauen in Leipzig zwischen 1945 und 1990 zurückblicken. Was man da als DDR-Bürger heute noch über den

schwierigen Neubeginn in der kriegszerstörten Stadt, über Hintergründe der Territorialplanung, über Parteitagebeschlüsse, über Gebautes und Geplantes im Stadtzentrum, über die Entwicklung des Wohnungsbaus und des Verkehrs oder über die stadttechnische Versorgung liest, ist einfach spannend. Da wird ein scheinbar spröder, weitge-

hend technischer Stoff dank fachkundiger und engagierter Autoren lebendig, leben Erinnerungen auf. Nicht minder lesenswert sind die persönlichen Reminiszenzen und Anmerkungen der Autoren. Mit Werner Wolf, der als Musikprofessor zwar kein Bauexperte ist, aber fundiert über den langen Weg zum neuen Gewandhaus schreibt,

mit Joachim Tesch, dem ehemaligen stellvertretenden Bauminister, und mit Siegfried Schlegel, dem PDS-Stadtrat, gehören dem Autorenkollektiv übrigens auch drei Zeitzeugen an, die LN-Lesern vor allem bekannt sein dürften. • M. W. *Bauen in Leipzig 1945 bis 1990.* Hrsg. Joachim Tesch. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen 2003, 468 S., 19,90 Euro, f. Mitglieder 15 Euro

listischer.

Zu jener Zeit entstand auch der Vorschlag des Berliner Architekten Josef Kaiser, der DDR ein „Hügelhaus“ mit einer Gebäudelänge von 1000 m und 100 m Höhe zu bauen, das in der Außenschale rund 5300 Wohnungen beherbergen sollte und im inneren Bereich genügend Fläche bot für Produktionsbetriebe, Bürofläche, Verkehrserschließung und weitere Funktionen (siehe Skizze).

Josef Kaiser sprach damals mit dem Autor dieses Beitrages, inwieweit Chancen bestehen würden, ein derartiges Gebäude im zentralen Bereich der Stadt Leipzig zu errichten, und zwar am Kanal gegenüber dem Sportforum, auf dem Gelände der „Kleinnmesse“. Aber dieser Bereich war von uns im Generalbebauungsplan der Stadt Leipzig von 1970 für BCA-intern als mögliches Baugebiet für *Olympische Spiele* ausgewiesen worden. Diese Prognosephase hatte verständlicherweise auch in Leipziger Städtebaukonzepten ihr Echo gefunden. Sie widerspiegelt sich vor allem in dem 3-dimensionalen Entwicklungsmodell von 1970 für den zentralen Bereich der Stadt; vom Sportforum bis zum Völkerschlachtdenkmal – wie später noch geschildert wird ...

Die entscheidenden Determinanten für die Entwicklung der Städte sind stets die sozialen, ökonomischen, wissenschaftlich-technischen, demographischen und kulturellen Bedingungen des jeweiligen gesellschaftlichen Entwicklungsstandes. Deshalb konzentrierte sich die Prognosestätigkeit in der DDR vor allem auf das Erkennen von Tendenzen im Arbeits- und Freizeitbereich, in Kultur, Bildung und Sport, im Gesundheits- und Sozialwesen, in Handel und Dienstleistungen, in Verkehr und stadttechnischer Versorgung. Bei all diesen Überlegungen spielte die Ökonomie der Stadt im Sinne der Darlegungen von Karl Marx zu „*Ökonomie der Zeit*“ eine entscheidende Rolle und man ging m. E. zurecht davon aus, dass Gewinne an Zeit für die gesellschaftliche Produktion und Freizeit als wichtige Kriterien für die baulich-räumliche Entwicklung gelten. ...

Aus heutiger Sicht stellen sich die 60er Jahre als eine äußerst interessante und bewegte Zeitepope dar, die getragen war von optimistischer Aufbruchstimmung bis hin zu utopischer Euphorie, die jedoch hart konfrontiert wurde mit dem praktisch Machbaren, mit der damaligen begrenzten materiellen und technologischen Basis unseres Landes.

## Aus dem 4. Kapitel: Generalbebauungsplanung – Ziele, Aussagen und Ergebnisse Von HORST SIEGEL

Um den Vorlauf für die Umgestaltung der innerstädtischen Wohngebiete zu forcieren und um gleichzeitig die Erfahrungen der Deutschen Bauakademie sowie anderer Städte und der Bauhochschulen zu nutzen, fand Ende November/Anfang Dezember 1966 ein zweiwöchiges Entwurfskolloquium in Leipzig statt. Es wurde am Beispiel der Inneren Westvorstadt durchgeführt und stand unter der Leitung von Hermann Henselmann, dem damaligen Wissenschaftlichen Direktor des Institutes für Städtebau und Architektur der DBA. Das Motto lautete: „Die Stadt muss in der Stadt aufgebaut und erneuert werden.“

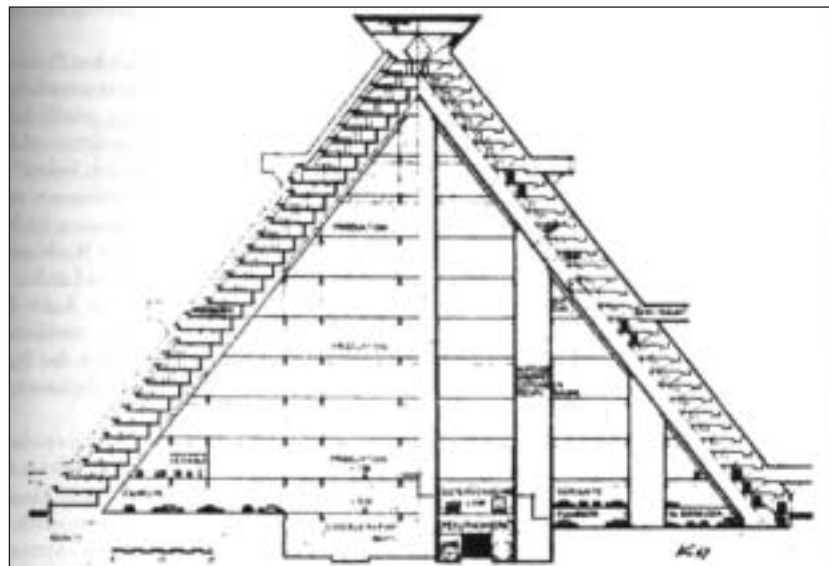
Die gemeinsam erarbeiteten Schlussfolgerungen – insbesondere, hinsichtlich Komplexität, Ökonomie und Stadtgestaltung – waren für die beginnende Arbeit zum Generalbebauungsplan von großem Nutzen. Auf der Tagesordnung stand nun, einerseits den notwendigen Verlauf für den Wohnungsbau – nach dem Prinzip des Stadtumbaus „von Innen nach Außen“ – zu beschleunigen, aber andererseits zugleich dafür Sorge zu tragen, dass die Stadt als Ganzes in längerfristige Planungsprozesse eingebunden wird. ...

Zunächst war es der Beschluss der IV. Baukonferenz vom November 1965. Mit ihm wurde der Impuls gegeben, ausgehend von den Erfahrungen der „Generellen Stadtplanung“ der 50er und 60er Jahre, beschleunigt *Generalbebauungspläne* für die großen Städte zu erarbeiten. Und es folgte am 20. Oktober 1967 der Beschluss des Ministerrats der DDR, dass zentrale *Prognosen* für volkswirtschaftliche Strukturkomplexe und unter Leitung der Räte der Bezirke *Prognosen*

für die Grundlinie der Entwicklung der Bezirke auszuarbeiten sind. In diesem Zusammenhang unterstützte ein Wettbewerb zur „*Generalbebauungsplanung der Städte*“, ausgeschrieben durch das Ministerium für Bauwesen im Juli 1968, entscheidend die qualitativen Aussagen der Generalbebauungsplanung. Leipzig beteiligte sich daran erfolgreich ...

Das Beschäftigen mit *Prognose-Tendenzen* zu möglichen Stadtentwicklungsvarianten war damals weltweit aktuell und beliebt. Wir gingen davon aus, dass die eigentliche Aufgabe einer Prognose nicht sei, „auszusagen, was in der Zukunft sein wird, sondern was sein kann, um daraus abzuleiten, was sein soll“. Neue Städte in sich überlagernden Megastrukturen über oder unter der Erde anzusiedeln, waren allerdings zu utopische Vorstellungen; sie entsprangen einem nahezu fatalistischen Fortschrittsglauben und ignorier-

ten weitgehend die sozialökonomischen Bedingtheiten. So hängt zum Beispiel Yona Friedmann seine „*Zukunftsstadt Paris*“ in ein Raumtragwerk über das Gefüge der bestehenden Stadtanlage und andere Architekten beschäftigten sich mit der „*Trichterstadt*“. Neue Vorstellungen kamen auch aus Moskau: Das Planungsbüro *Ptschelnikov* ging zwar logischerweise davon aus, dass „die rationelle Entwicklung der bestehenden städtischen Agglomeration nur in einem Prozess ständiger Erneuerung und durch fortwährende Komplettierung der Bebauung gehen kann“ und entwickelte darauf aufbauend ein Etappenprogramm, das sich um den Verkehrsknotenpunkt konzentriert – jedoch primär in vertikaler Richtung“. Der stark verbreitete Drang zur vertikalen Entwicklung der Bauwerke hinterließ gelegentlich den Eindruck, das Ziel sei: je höher, desto sozia-



Hügelhaus (Querschnitt) von Josef Kaiser, Berlin Ende der 60er Jahre, Gebäudehöhe ca. 100 m; Außenschale mit 5300 Wohnungen; im Innern Dienstleistungseinrichtungen, Produktionsstätten, Verkehrserschließung u. ä. (Quelle: *Deutsche Architektur* 17/1968)

## Fortsetzung von Seite 8

auf Moralität haben sie eins gemeinsam: Beide Konzeptionen fassen den Willen als von außen bestimmt, also nicht autonom.

Wie aber ist Autonomie des Willens möglich? Nur dann, wenn in uns ein Begehrungsvermögen angetroffen wird, in welchem nicht die Sinnlichkeit, sondern allein unsere Vernunft als gesetzgebend auftritt. An der Existenz eines höheren Begehrungsvermögens, einer „moralischen Anlage“ im Menschen zweifelt Kant keinen Augenblick. Er müsste sonst am Menschsein des Menschen zweifeln. Gerade dieses erhebt den Menschen über das Tier. Von der Realität dieses Begehrungsvermögens kündigt das „Sittengesetz in uns“, und Zeugnis von seiner Existenz gibt uns das Gewissen. Folgen

wir diesem Gesetz, haben wir ein gutes Gewissen. Verstoßen wir dagegen, regt sich das Gewissen. Das Sittengesetz, das die Vernunft durch sich selbst den Willen gibt, unterscheidet sich radikal von Nützlichkeitsregeln, die immer relativ, nie aber allgemeingültig sind. Das Sittengesetz aber ist gültig für alle Vernunftwesen. Es ist kategorischer Imperativ: „Handle so, dass die Maxime deines Willens zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten kann.“ Oder in einer konkreteren Formulierung: „Handle so, daß du die Menschheit, sowohl in deiner Person als in der Person jedes anderen, jederzeit zugleich als Zweck, niemals aber als Mittel brauchst.“ Handeln gemäß dem kategorischen Imperativ ist Pflicht, die nicht aus Neigung, sondern allein aus Achtung vor der Vernunft und Würde des Menschen zu

erfüllen ist.

Ein Zeugnis für die Wirkung Kant'scher Gedanken gab Hegel, der später zu einem scharfen Kritiker der Kant'schen Philosophie wurde, in seinen jungen Jahren: „Ich glaube, es ist kein besseres Zeichen der Zeit als dieses, daß die Menschheit vor sich selbst so achtungswert dargestellt wird. Es ist ein Beweis, daß der Nimbus um den Häuptern der Unterdrückter und Götter der Erde verschwindet. Die Philosophen beweisen die Würde, und die Völker werden sich fühlen lernen und ihre in den Staub erniedrigten Rechte nicht fordern, sondern selbst wieder annehmen, sich aneignen. Religion und Politik haben unter einer Decke gespielt. Jene hat gelehrt, was der Despotismus wollte; Verachtung des Menschengeschlechts, Unfähigkeit desselben zu irgendeinem Guten, durch

sich selbst etwas zu sein. Mit der Verbreitung der Idee, wie alles sein soll, wird die Indolenz der gesetzten Leute, ewig alles zu nehmen, wie es ist, verschwinden.“ Die Gegenüberstellung von Sein und Sollen, die Kant'sches Denken charakterisiert, wird genau der Punkt sein, an dem der spätere Hegel seine Kant-Kritik ansetzt.

Die Revolutionierung der Denkungsart durch Kant war eine Voraussetzung für die Entwicklung der klassischen deutschen Philosophie, sowie die „Kritik der reinen Vernunft“ eine Voraussetzung der „Kritik der politischen Ökonomie“ von Marx war.

\*Aus einem Vortrag, den Prof. Dr. Helmut Seidel in der Rosa-Luxemburg-Stiftung gehalten hat. Am 24. 2. 2004 findet in dieser Stiftung ein weiterer Vortrag zum Thema: „Kant und die Metaphysik“ statt.

## Die letzte Botschaft

Was machen zwei sowjetische Kosmonauten, die von ihrer Regierung in den Monaten nach dem Zusammenbruch der UdSSR vergessen worden sind? Der schottische Autor David Greig bastelt aus diesem tragischen Kuriosum ein weichgespültes, episodenhaftes Stück mit dem etwas umständlichen Titel: *Die letzte Botschaft des Kosmonauten an die Frau, die er einst in der ehemaligen Sowjetunion liebte*. Oleg und Kasimir sind mit einem Raumschiff aufgebrochen, als Kasimirs Tochter Nastassja sechs Jahre alt war. Heute tanzt sie in einer Londoner Bar und lernt den Schotten Keith kennen. Nach seinem Verschwinden zieht es seine Frau Vivienne nach Frankreich, wo ein besessener Sternenforscher auf Signale wartet. Thorsten Duit, zukünftiger Hausregisseur, kocht in der *Neuen Szene* aus den mageren Zutaten einen dünnen Eintopf. Bestätigte Klischees, gepaart mit Endzeitstimmung, lassen keine Überraschungen oder gar tieferschürfende Erkenntnisse zu. Dennoch blitzt gelegentlich großes Theater auf, wenn Susanne Stein als genervtes Go-Go-Girl lustlos die Hüften schwingt oder Bernd Stübner nach UFO-Signalen sucht.

• D. M.

## Alles NEON?

Die Februarausgabe von NEON, dem neuen Magazin aus dem Hause Stern greift – investigativ und brennend aktuell – ein heißdiskutiertes Thema in Deutschland auf: *Wie macht man eigentlich einen Schrumpfkopf?*

Frau Privatdozentin Dr. Maria Susana Cicolletti von der Universität Bonn erläutert, Schritt für Schritt zum Zuhause-Nachbasteln, wie man *Feinde einen Kopf kleiner macht*. Das Monatsmagazin – Untertitel *Eigentlich sollten wir erwachsen werden* – das sich, den zahlreichen Anzeigen nach zu urteilen, an Gutverdiener zwischen 25 und 30 wendet, gibt auch sonst überlebenswichtige Informationen für die Spaßgesellschaft: *Müder Protest – warum die Globalisierungskritiker von Attac sich selbst blockieren oder Gleicher Sex für alle – die neue Frauenbewegung setzt auf Reizwäsche statt auf Latzhosen*. Wie konnten wir bis jetzt überleben, ohne dieses epochale Produkt des deutschen Journalismus?

• BERND SELLIN

# Riccardo Chailly bezaubert

Konzerte mit Bachs Messe h-Moll, Dvoráks Requiem, Webers „Freischütz“ und Folklore

Ein Zurücklehnen gibt es in den Gewandhauskonzerten ohnedies nicht. Doch wenn Riccardo Chailly als künftiger Chefdirigent vorm Orchester steht, rücken die Gewandhausmusiker auf der Stuhlkante noch ein Quentchen weiter vor. Sie wissen sich bis zum Äußersten gefordert und geben alles. So erklang Arnold Schönbergs frühes Sextett „Verklärte Nacht“ in der Fassung für Streichorchester ausdrucksdicht und zugleich mit klarer Stimmführung wie nie zuvor. Noch stärker bewegte die Aufführung der ersten Sinfonie von Johannes Brahms. Chailly entlockt dem Orchester seinen ganz eigenen warmen Streicherklang in aller Eindringlichkeit, führt die Holzbläser zu zauberhafter Klangschröpfung und setzt die Akzente der Blechbläser ausgesprochen kultiviert. Der Jubel war enthusiastisch.

In einem Sonderkonzert führte der Gewandhauschorleiter Mor-

ten Schuldt-Jensen in der Aufführung der Messe h-Moll von Johann Sebastian Bach den Gewandhauskammerchor und die Solisten (beeindruckend der Altus Daniel Taylor) souverän. Doch sein Streben nach kammermusikalischer Durchsichtigkeit ließ ganze Sätze zu sachlich, zu nüchtern wirken. Das „Et resurrexit“ („Er ist auferstanden“) steigerte er in überlegen bewältigtem schnellem Tempo ins allzu Virtuose. Dabei bewies die auf historischen Instrumenten musizierende Batzdorfer Hofkapelle, wie sich Klarheit mit Empfindungsstärke verbinden lässt.

Da forderte Gothart Stier seinen Hamburger Monteverdi-Chor und die Solisten in der Aufführung des Requiems von Antonín Dvorák in der Thomaskirche weit mehr zu emotional bewegtem Gesang heraus, vor allem in den flehenden und bittenden Sätzen. Selbstverständlich er-

klangen die Sätze vom Jüngsten Gericht mit der gehörigen Ausdrucksgewalt. Überzeugend gestaltete der Dirigent auch den Orchesterpart mit dem Philharmonischen Staatsorchester Halle. Aus den fast täglichen Konzerten in der Hochschule für Musik und Theater ragte die zweimalige konzertante Aufführung von Carl Maria von Webers romantischer Oper „Der Freischütz“ im Großen Saal heraus. Nicht nur Gesangsstudenten, sondern auch die Instrumentalisten im Orchester und der mit Studenten aller Fachrichtungen gebildete, von Andreas Pieske gründlich vorbereitete Chor sind gefragt. Was von ihnen in der hier besprochenen Aufführung unter der überlegen Leitung Helmut Kukuks geleistet wurde, verdient trotz aller Unterschiede insgesamt Anerkennung. Jeder der Solisten strebte, sein Bestes zu geben. Die Streicher erreichten schon beachtliche Homo-

genität und von den stark geforderten Bläsern (die erste Klarinettistin sei für alle hervorgehoben) war viel Gutes zu hören. Das diesmal von Folklore geprägte „Musica nova“-Konzert des Gewandhauses mit Werken des Ungarn Béla Bartók, des Mexikaners Silvestre Revueltas und des Italiensers Luciano Berio hätte die Vorbehalte gegen Neues manches zu Hause gebliebenen Musikfreundes abbauen können. Die unentwegte Besucherschar im Mendelssohn-Saal reagierte mit viel Zustimmung. Auch das vierte der Akademischen Konzerte mit Werken von Franz Schubert, Joseph Haydn, Antonín Dvorák und Aram Chatschaturjan war ausverkauft. Die aus Dresden stammende, in Leipzig ausgebildete, jetzt als Solovioloncellistin im Orchester der Metropolitan Opera New York wirkende Dorothea Noack löste als Solistin von Haydns Violoncellokonzert D-Dur viel Beifall aus. Zu guter letzt musste der Galopp aus Chatschaturjans Bühnenmusik „Maskerade“ wiederholt werden.

• WERNER WOLF

## Herbert-Kegel-Biografie und David-Oistrach-Erinnerungsbuch

Wer Herbert Kegels 29 Leipziger Jahre miterlebt hat, sieht ihn noch immer mit all seiner Energie und Gestaltungskraft vor sich, hört in seinem Innern noch so einzigartige Aufführungen wie Schönbergs „Moses und Aron“, Wagners „Parsifal“, Bergs „Wozzeck“, Szymanowskis „Stabat mater“, Dessaus „Verurteilung des Lukullus“, Schenkers Martin-Luther-King-Sinfonie. Doch die jetzt im Altenburger Verlag Kamrad erschienene Biografie „Herbert Kegel – Legende ohne Tabu“ von Helga Kuschnitz deckt Vieles auf, was wir nicht von ihm wissen.

Da werden zunächst die ersten

20 Jahre seines 70-jährigen Lebens in seiner Heimatstadt Dresden 1920/40 lebendig. Und wir Leipziger erfahren am Schluss mehr vom nicht eben glücklichen Finale in Dresden in den Jahren 1977/90. Drei Intermezzi informieren anschaulich über die fünf Jahre Kriegsdienst, die vier Jahre vor Leipzig in Pirna und Rostock und die Gastspiele in Japan. Im Zentrum stehen selbstverständlich die Leipziger Jahre 1949/78.

Dokumente und zahlreiche Bilder vermitteln ganz unmittelbare Eindrücke. Dazu bietet der Anhang biografische Daten, Kritiken, Diskografie, Reper-

toire, Bilder der „Leipziger Malterschule“ (!) und eine CD mit Mahlers „Klagendem Lied“, vier Liedern Kegels und einem Probenausschnitt aus Mahlers „Achter“.

\*

„David Oistrach – Begegnungen“ heißt die von Ingeborg Stiehler in stark erweiterter, reich bebildeter Neuauflage in der Edition Peters Leipzig erschienene Broschüre. Die Autorin schildert in sehr persönlicher Art ihre starken Eindrücke von David Oistrachs erstem Leipziger Konzert am 2. April 1952 in der Kongreßhalle. Allein die Erlebnisse in Leipzig

geben ein lebendiges Bild vom genialen Musizieren und der menschlichen Bescheidenheit David Oistrachs. Doch Ingeborg Stiehler lauschte dem Künstler auch auf Proben, in Unterrichtsstunden im Moskauer Konservatorium und beim Internationalen Musikseminar in Weimar, besuchte Konzerte in anderen deutschen Städten und auch im Ausland, erlebte ihn in seiner Familie auch privat.

Die Neuauflage des Buches erweiterte die Autorin um Meinungen anderer großer Künstler über David Oistrach und Schilderungen von ihrem Zusammenwirken mit ihm. Schon das Personenverzeichnis und die Diskografie-Auswahl verschaffen einen Eindruck von der Weite dieses Künstlerlebens.

• WERNER WOLF

### UNTERM STRICH

## Eine Nazi-Reliquie als Wallfahrtort?

Im Herbst vergangenen Jahres glaubte ein „Antiquitätenhändler“ einen Reibach machen zu können. Auf bis heute undurchsichtige Weise war er an das „Ehrenbuch der Reichsmesse“ von 1937 gekommen. Für 100 000 Euro wollte er es der Leipziger Messe verschreiben. Es enthält unter anderen die Unterschriften der Naziführer Hitler und Goebbels und des Massenmörders Heydrich. Die Messe ließ sich auf diesen obskuren Handel nicht ein. Sie forderte es vielmehr als ihr Eigentum zurück; das Landgericht urteilte entsprechend.

Dieser Tage nun überließ die Messe-Gesellschaft das „Ehrenbuch“ als Dauerleihgabe dem Stadtgeschichtlichen Museum. Dass diese von den Nazis initiierte Unterschriftensammlung

im Archiv des Museums ihren Platz findet, hat ja etwas logisches. Was aber, so fragt man sich, macht diese Nazi-Reliquie eigentlich so bedeutend, dass die Übergabe zu einem regelrechten Feiertag aufgeblasen wurde, über den zu berichten die Leipziger Gazetten mit Text und Bild nicht sparten: „Nach wahren Krimi landet Reichsmesse-Buch im Museum“ (LVZ), „Ehrenbuch der Reichsmesse übergeben“ (SachsenSonntag), „Messe-Zeitdokument gehört wieder Leipzig“ (hallo!Leipzig), „Ehrenbuch für Dauerausstellung übergeben“ (Leipziger Amtsblatt). Und alle fanden es besonders hervorhebenswert, dass das Buch „zahlreiche Eintra-

gungen der politischen Führung (sic!) des NS-Regimes“ enthält, „darunter Unterschriften von Hitler, Heydrich und Goebbels“ (SachsenSonntag).

Doch damit nicht genug des öffentlichen Rummels um diese Nazi-Schwarte. Er soll noch weitergehen. Wie lautete doch die Überschrift im „Amtsblatt“? – „Ehrenbuch für Dauerausstellung übergeben“. Die LVZ wird in der Unterzeile ihres Berichts noch deutlicher: „Dokument aus der Zeit des Nationalsozialismus wird ab 2005 in der neuen Dauerschau ‚Moderne Zeiten‘ im Alten Rathaus ausgestellt“.

Ja, ist denn der Herr Museumsdirektor Rodekamp von allen

guten Geistern verlassen? Das die faschistischen Jahre in der Geschichtsdarstellung der Stadt nicht ausgeklammert werden können – ja, nicht dürfen – ist selbstverständlich. Doch welche Rolle soll dabei dieser Nazi-Kladde mit den „Originalunterschriften“ (Amts-Blatt) der größten deutschen Verbrecher zukommen? Ist im Museum noch niemand der Gedanke gekommen, dass man sich damit – wenn auch ungewollt – einen Wallfahrtort für Neonazis schaffen kann?

Leipzig, lass dir das nicht bieten. Ein zum Völkerschlachtdenkmal strebender Worch ist genug.

• ESCH

Wolfgang Ruge: Berlin – Moskau – Sosswa. Stationen eines Emigranten. Pahl-Rugenstein Verlag, Bonn 2003. 452 Seiten. 29,00 Euro

Nein, ein Buch für Nostalgiker, die die sozialistische Vergangenheit nur verklärt sehen wollen, ist das nicht. Wenn man 15 von 23 Jahren, noch dazu die besten Mannesjahre, unter menschenunwürdigsten Verhältnissen im damaligen „Vaterland aller Werktätigen“ zubringen muss und nicht einmal weiss, warum, dann ist das schon bitter und tragisch. Der bekannte, heute 86-jährige Historiker Wolfgang Ruge, der mit seinen Büchern über Gustav Stresemann, Paul von Bismarck, Matthias Erzberger und viele weitere Publikationen von sich Reden gemacht hat, hat nach langer Vorbereitungszeit sein Leben niedergeschrieben, exakter: seine sowjetischen Jahre von 1933 bis 1956. Begeisterter Jungkommunist, mit 16 Jahren im Moskauer Exil, gerät er mitten hinein in die hektische Atmosphäre der Stalinschen Säuberungen der 30er Jahre erlebt er hautnah und unmittelbar bei Kriegsbeginn mit der Auflösung der Wolgadeutschen Republik die Verschickung eines ganzen Volkes nach Sibirien und Kasachstan. Der „Reichsdeutsche“, inzwischen Sowjetbürger, gerät unter Rußlanddeutsche aus allen Gebieten der Sowjetunion und unter deutschstämmige Kulaken, die sich nach ihrer Aussiedlung 1931 wieder ein minimales Wohlergehen geschaffen haben, plötzlich in das kasachische Sosswa, das Nordural-Lager Nr. 239. Aus dem Politemigranten wird zunächst der in die sogenannte Arbeits-

## Kein Buch für Nostalgiker



1942 als Holzfäller in Sibirien

armee (Trudarmija) Mobilisierte und Deportierte. Es geht hier nicht darum, diesen Lebensweg im Einzelnen nachzuvollziehen – das muss der Leser schon selbst leisten, und er wird dabei entdecken, dass hier jemand bei aller Leidenschaft auch gut erzählen kann und sein Handwerk als Autor beherrscht. Aber selbst wenn man glaubt, sich in der sowjetischen Lagerliteratur auszukennen oder wenigstens einige authentische Schilderungen gelesen hat, wird man dieses Buch nicht ohne Erschütterung zur Seite legen, denn das ist der

Archipel GULag aus der Sicht eines deutschen Kommunisten. Und man sollte sich schon fragen: Wie ist eine solche Pervertierung des menschlichen Lebens unter dem Vorzeichen „Sozialismus“ überhaupt möglich gewesen? Galt ein menschliches Leben denn gar nichts? Härtestes, physisch fast unerträgliches Arbeitsleben, korrupte und grausame Chefs und dazwischen (an bestimmten Ruhepunkten jedenfalls) immer wieder das Grübeln: Wo bekomme ich mehr Essen her? Warum geschieht mir, uns das? Gibt es noch ein anderes Leben

außerhalb des Lagers? Und Ruge fragt sich in dieser Umgebung in tiefer Verzweiflung: „Ist denn dieses Land“, die Sowjetunion, „der Welt nur vorgegangen, um unser aller Zukunftsträume zu begraben?“ Das ist die wirkliche Schizophrenie des Lebens – man will gegen den Faschismus kämpfen, aber vegetiert im Lager, ohne Urteil als Gefangener auf unbestimmte Zeit. Selbst der Tag des Sieges 1945 bringt keine Veränderung, das Leben geht enttäuschend gleichbleibend weiter – der Antifaschist Ruge sitzt noch bis 1956 fest, kommt erst nach Hause, nachdem die letzten Hitlersoldaten von Adenauer „heimgeführt“ wurden. Nach dem Tode Stalins wird das Regime zwar leicht gelockert, so dass Ruge sogar mit List ein historische Fernstudium in Swerdlowsk gelingt, aber er bleibt „Halbfreier“. Während der Weg in die DDR noch gezeigt wird, wird Ruges Karriere an der Akademie der Wissenschaften nicht mehr beschrieben. Die Fragen aber bleiben: Wie kann man mit einem derartigen „Gepäck“ in der DDR leben? Verdrängte die Freude, am Ende wieder Mensch unter Menschen zu sein, jahrelang die historische Erinnerung? Reicht die Rückbesinnung auf sozialistische Ideale angesichts ihres jahrzehntelangen Missbrauchs? Oder war es die verfluchte Parteidisziplin? Fragen, die sich nicht allein der Autor stellt, sondern auch der Leser, der den Sozialismus in der UdSSR und in der DDR so oder so erlebt hat. Ein ehrliches Buch.

• ERHARD HEXELSCHNEIDER

## Sozialdividende als Grundeinkommen

Jens-Eberhard Jahn: Mühe und Muße. Grundsicherung, Grundeinkommen, sozialökologischer Umbau der Gesellschaft. Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 2003. 141 S., 7,50 Euro (Mitglieder 6 Euro)

Ausgehend von den Zwängen, denen die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland bei anhaltender Massenarbeitslosigkeit ausgesetzt sind sowie von einem Überblick über die bisherigen Reformsätze zu ihrer Bewahrung plädiert der Autor für ein Zukunftsmodell, dem die Entkopplung von Arbeit und Einkommen zur Grunde liegt. Er spricht sich aus für ein „Grundeinkommen, das vom Zwang zur Lohnarbeit befreit“ ist und das auch nicht an besondere Bedürftigkeit gebunden ist. Es soll auf einer Sozialdividende fußen, mit der die gegenwärtigen Verteilungs- und Umverteilungsprozesse zur Disposition gestellt werden. • L.

## Stadtchronik, Lesebuch und Nachschlagewerk

Leipziger historischer Kalender. Lehmstedt Verlag, Leipzig 2003. 176 Abb., Festeinband, 9,90 Euro

Dieser Taschenkalender verdient besondere Aufmerksamkeit. Zum einen, weil er in beeindruckender Vielfalt die runden und halbrunden Jahrestage 2004 aus der Leipziger Kultur, Wissenschaft, Politik und Wirtschaft, dem Sport und dgl. mehr enthält. Zum anderen weil er in Verbindung mit diesen Jahrestagen durch zweiwöchentlich platzierte kurzweilige, sachkundige illustrierte Kalenderblätter bereichert ist. Somit ist der Leipziger historische Kalender 2004 im besten Sinne zugleich Stadtchronik, Lesebuch und Nachschlagewerk. Er erinnert ereignisgeschichtlich an die erste Erwähnung Wahrens vor 1000 Jahren, den Beginn des Mittel-



deutschen Rundfunks, das legendäre Länderspiel im Zentralstadion DDR gegen England, den Evangelischen Kir-

chentag im Juli 1954, das große Hochwasser vor 50 Jahren, das I. Deutsche Turn- und Sportfest und anderes mehr. Personengeschichtlich werden Marinus van der Lubbe, Rudi Glöckner, Kurt Kresse, Werner Tübke, Eduard Brockhaus, Walter Cramer, Wilhelm Furtwängler und andere porträtiert. Hervorzuheben ist, dass der Kalender in jeder Hinsicht benutzerfreundlich gestaltet wurde, wozu auch ein Register beiträgt. Damit hat der erst 2003 gegründete Leipziger Lehmstedt Verlag einen in bestechender Qualität verfassten Taschenkalender vorgelegt, den man allen an der Geschichte Leipzigs Interessierten bestens empfehlen kann. Auf den Kalender 2005 kann man bereits heute gespannt sein. • KURT SCHNEIDER

## NEUERSCHEINUNGEN FRÜHJAHR 2004

**Eberhard Panitz: Cuba, mi amor. Die letzte Insel.** 160 S., Broschur, mit vielen Fotos 12,90 Euro.

*Panitz nimmt sein 1961 verfasstes Kuba-Tagebuch zum Ausgangspunkt, um die komplizierte, immer bedrohte Entwicklung Kubas zu betrachten und Perspektiven zu erwägen. edition ost. Erscheint im Februar.*

**Sahra Wagenknecht: Aló Presidente. Hugo Chávez und Venezuelas Zukunft.** 192 S., Broschur, mit zahlreichen Fotos, 12,90 Euro

*S. Wagenknecht war in Venezuela hat mit H. Chávez gesprochen und sich ein Bild vom erstaunlichen sozialen Umbruch gemacht. Es ist das erste Buch über das neue Venezuela. edition ost. Erscheint im März.*

**Udo Kaden / Wolfgang Herrmann: DDR kontra Agenda 2010. Streitschrift für Alternativen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik.** 144 S., Broschur, 9,90 Euro

*Die Autoren konfrontieren den heutigen Sozialstaat mit den Werten des Sozial- und Wirtschaftssystems der DDR. Ziel ist nicht die Darstellung „verlorener Werte“, sondern aktuelle politische Entscheidungen in alternativen Zusammenhänge zu bringen. edition ost. Erscheint im Februar.*

**Ingo Wagner: Eine Partei gibt sich auf.** 192 S., Broschur, 9,90 Euro

*Das Buch ist eine kritische Auseinandersetzung mit der Arbeit und den Zielen der PDS, mit den Flügelkämpfen und ihren wichtigsten Repräsentanten, mit dem Verlauf der Programmdiskussion, mit dem theoretischen Selbstverständnis, den Aufgaben, den Chancen und der Zukunft der PDS. edition ost. Erscheint im März.*

**Stefan Doernberg: Fronteinsatz. Erinnerungen eines Rotarmisten, Historikers und Botschafters.** 288 S., Broschur, mit vielen Fotos, 14,90 Euro

*Die Autobiografie dokumentiert deutsche und sowjetische Geschichte. Er tippte als Leutnant der Roten Armee Keitels Kapitulationserklärung in die Maschine und brachte sie in die Reichskanzlei. Auch als Journalist, Historiker und Botschafter der DDR stand er immer in vorderster Reihe. edition ost. Erscheint im März.*

**Dieter Schenk: Die braunen Wurzeln des BKA.**

*Das Buch – LN informierte darüber – ist nun zum Preis von 12,30 Euro im Fischer Taschenbuch Verlag erschienen. Der Autor weist dokumentarisch nach, dass das Bundeskriminalamt von NS-Verbrechern aufgebaut wurde. Noch in den 60er Jahren hatte die Mehrzahl der leitenden Beamten des BKA braune Westen.*

## KALENDERBLATT

Vor 60 Jahren ermordet

## Gustav und Elisabeth Bruhn

Gustav Bruhn, am 14. März 1889 in Angermünde geboren und von Beruf Tischler, schloss sich während des Ersten Weltkriegs als Mitglied der SPD der Spartakusgruppe an. 1919 traten er und seine Frau Elisabeth, Tochter eines Landarbeiters, der KPD bei. Er wurde KPD-Untersekretär in Lübeck und Mitglied der KPD-Bezirksleitung Wasserkanne. Die Weimarer Justiz verurteilte ihn 1927 wegen Vertriebs der Broschüre „Deutschlands revolutionäre Matrosen“, verfasst von Willy Sachse, zu drei Jahren Festung. Da er jedoch während der Haft 1928 in den Preußischen Landtag gewählt wurde, erhielt er seine Freiheit zurück. Im Herbst 1933 wurde Gustav Bruhn von einem faschistischen Gericht zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt und danach bis 1939 im KZ Sachsenhausen inhaftiert. 1934 erhielt seine Frau wegen „Wiederaufbau der Kommunistischen Partei“ zwei Jahre Gefängnis. Später wurde sie erneut von der Gestapo festgenommen und für mehrere Monate ins KZ Fuhlsbüttel eingeliefert. Nach ihrer Freilassung schlossen sie sich der Hamburger Widerstandsgruppe um Bernhard Bästlein, Franz Jacob und Robert Abshagen an. Gustav Bruhn, unterstützt von seiner Frau, leitete die illegale Arbeit in den Hamburger Metallgroßbetrieben. Unter Losungen wie „Langsamer arbeiten!“ und „Stört die hitlerische Kriegsmaschinerie!“ versuchten sie, die Kriegsproduktion zu sabotieren.

Als es der Gestapo im Oktober 1942 gelang, viele Hamburger Antifaschisten zu verhaften, waren auch Gustav und Elisabeth Bruhn unter ihnen. Wegen schwerster Bombenangriffe auf Hamburg erhielten sie jedoch Hafturlaub, den sie nutzten, um nunmehr in den Untergrund zu gehen. Zusammen mit Walter Bohne, Hans Hornberger, Kurt Schill und anderen Genossen leisteten sie aufs neue Widerstand gegen die faschistische Diktatur und deren Krieg. Doch um die Jahreswende 1943/44 lieferte sie der Spitzel Alfons Pannek der Gestapo aus. Nach grausamer Folter wurden Gustav und Elisabeth Bruhn auf Befehl Himmlers am 14. Februar 1944 zusammen mit ihren Kampfgefährten Hans Hornberger und Kurt Schill im Bunker des KZ Neuengamme gehängt.

An dem kleinen einstöckigen Geburtshaus von Gustav Bruhn in Angermünde, Jägerstraße 19, wurde 1964 eine Gedenktafel aus schwarzem Granit angebracht.

• KURT SCHNEIDER

# Bergarbeitermarsch nach Zeitz im Feuer von Schupos

Todesschüsse am 13. August 1923 gegen den Zug von Zehntausend Streikenden

Wie in ganz Deutschland spitzte sich 1923 auch in der Region Zeitz-Weißenfels die Situation zu. Die revolutionäre Nachkriegskrise 1919 bis 1923 näherte sich ihrem Höhepunkt. Industriekonzerne, Banken und die Verursacher des Ersten Weltkrieges wälzten die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen über eine noch nie da gewesene Inflation auf die breite Volksmasse ab. Ihre sozialen Folgen beschworen Not, Ringen um das tägliche Überleben und Verelendung, aber auch Kampfbereitschaft herauf. Neben die wirtschaftlichen und sozialen Forderungen breiter Teile der Arbeiter und Angestellten um erträglichere, bessere Lebensbedingungen rückten die Forderungen nach dem Rücktritt des „Kabinetts der Wirtschaft“ unter Reichskanzler Cuno, dem Generaldirektor der Hapag (großer Schifffahrtskonzern). Die Zeitzer Region wurde im August 1923 zu einem Brennpunkt der dramatischen Ereignisse in Deutschland, die in einem Generalstreik und dem Rücktritt Cunos gipfelten.

Gestützt auf den Regierungspräsidenten Hörsing (SPD) und mit Wissen des Zeitzer Magistrats, marschierten in der Nacht vom 12. zum 13. August 1923 zwei Hundertschaften Schupos unter dem Kommando eines Majors Krug in Zeitz ein. ...

Bei ihrem Anmarsch stießen sie auf die von der Streikleitung aufgestellten Feldwachen. Diese Wachen, über hundert Mann, aufgestellt zum Schutze gegen Felddiebstähle, wurden von den Schupos sofort festgenommen. Am 13. August, morgens gegen vier Uhr, wurde das Streikbüro im damaligen Restaurant Wagner in der Voigtstraße von einem Polizeikommando mit gezogener Pistole und entscherten Karabinern gestürmt. Die anwesenden Mitglieder der Streikleitung wurden verhaftet, und in der Knabenvolksschule wurden die inhaftierten Feldwachen festgehalten. In diesem Gebäude hatten die Schupos Quartier bezogen. Zu den Verhafteten gehörte auch der Landtagsabgeordnete der KPD Hans Schröder.

Am Vormittag des 13. August fand in Theißen eine riesige Streikversammlung der Bergarbeiter statt. Mehr als 10000 Kumpel aus dem Zeitz-Weißenfelser Revier waren nach Theißen geeilt und zeigten ihre Kampfbereitschaft. In zunehmendem Maße bemächtigte sich der Versammelten eine große Erregung. Im ganzen Revier hatte sich die Nachricht vom Einmarsch der Schupos in Zeitz, vom Vorgehen gegen die Streikleitung und die Feldwachen verbreitet. Empörung ergriff die Arbeiter.

Während seiner Rede, in der er früh bei Schichtwechsel die Kumpel dem Generalstreik entsprechend zum Streik aufforderte, erfuhr der Redner Max Benkwitz, KPD-Vertreter in der Streikleitung, von den Ereignissen der vergangenen Nacht, dem Einmarsch der Schupos in Zeitz und der Verhaftung von

Als sich die Spitze des großen Demonstrationszuges der Auebrücke näherte, sah sie sich einer durch die Schupos errichteten Sperre gegenüber. Die Schupos drohten, jeden niederzuschießen, der weitermarschieren würde. Max Benkwitz begab sich mit einigen Kumpeln zu dem Offizier, einem jungen Leutnant, und fragte ihn, ob er im Ernst daran dächte, auf die Bergarbeiter zu schießen. Die Bergleute hätten nichts anderes vor, als ihre berechtigten Forderungen dem Magistrat zu unterbreiten. Er wüsste doch,



Oben: Zeitungsaufruf vom 14. August 1923



Links: Gedenkstein in Theißen

Funktionären. „Auf nach Zeitz! Wir verlangen, dass die Verhafteten sofort freigelassen werden!“

Kurz nach neun Uhr begannen die Teilnehmer der Bergarbeiterkundgebung mit ihrem Demonstrationszug von Theißen nach Zeitz. Die Bergarbeiter marschierten nach Zeitz, um ihren Forderungen gebührend Nachdruck zu verleihen. Es gab jetzt keinen Unterschied zwischen SPD, KPD oder parteilosen Arbeitern. Das war nicht verwunderlich und konnte kaum anders sein, litten doch alle unter der damaligen Not. Nicht nur Bergarbeiter marschierten mit. Auch Frauen reihten sich in den Zug ein, manche mit Kindern an der Hand und auch mit Kinderwagen. Die Demonstration trug einen disziplinierten und zugleich kampfbereiten Charakter.

wie groß Not und Elend durch die Inflation unter den Arbeitern geworden seien. Nach kurzem Überlegen versprach er, seine Leute an die Seite zu stellen und die Brücke frei zu geben. Die Schupos traten an die Seite und der Zug marschierte ruhig weiter.

Als die Spitze des Zuges die Hälfte des Wendischen Berges erreicht hatte, fielen an der Auebrücke Schüsse. Die Bergarbeiter hatten an den schwerbewaffneten Schupos vorbei demonstriert mit Rufen wie „Werft die Waffen weg! Demonstriert mit! Auch eure Eltern und Geschwister müssen Hunger leiden!“ Aus nicht endgültig aufgeklärten Gründen setzte die Schießerei auf der Auebrücke ein. Im Augenblick bedeckten Tote und Verletzte das Straßenpflaster. Die Bergarbeiter hatten sofort neun Tote

und mehr als dreißig Verletzte. Im weiteren Tagesverlauf erlagen noch zwei Bergleute den erlittenen Verwundungen. Insgesamt gab es 25 Schwerverletzte.

Die Schupos hatten nicht einen Verwundeten. Ohne wirklich angegriffen zu sein, hatten sie auf die unbewaffneten, wehrlosen Demonstranten geschossen und so die Demonstration blutig niedergeschlagen. Mit scharfgeladenen Gewehren wurden die Demonstranten auseinander getrieben. Mit Kolbenstößen wurden die Straßen geräumt. Es kam zu zahlreichen Verhaftungen. Angesichts ihrer toten und verwundeten Kumpel wollten viele von ihnen diese blutige Aktion der Schupo sofort sühnen und mit der Waffe in der Hand um ihre Forderungen kämpfen. Von Zipsendorf und auch von Rehmsdorf eilten Bergarbeiter nach Bekantwerden dieser Vorgänge herbei, um ihren Kumpeln Hilfe zu leisten. Ihre Bewaffnung bestand jedoch nur aus einigen Schrotflinten und Sportgewehren.

Die Streiklage verschärfte sich. In Anbetracht der schwer bewaffneten Schupos wurde von der Streikleitung beschlossen, sich auf keine bewaffneten Auseinandersetzungen einzulassen. Die Bergarbeiter im Zeitz-Weißenfelser Revier waren dennoch weiterhin kampftüchtig und hatten Unterstützung durch die Mehrheit der Werktätigen aus den Zeitzer Industriebetrieben und die Bergarbeiter des Bornaer und des Meuselwitzer Reviers.

Am 14. August fanden große Streikversammlungen im Schützenhaus, im Preußischen Hof, im Terrassengarten, im Dianasaal und in der Sophienhöhe statt. Hier traten Vertreter der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften auf, die die Streiklage einschätzten und die Schüsse der Schupo geißelten. Zunächst sollte der Streik bis zum Abzug der Schupos fortgesetzt werden. Als Teilerfolg konnte die Einstellung der Polizeistreifen auf den Straßen der Stadt und der Abzug einer Hundertschaft aus Zeitz erreicht werden. ...

Zu einer gewaltigen Demonstration gestaltete sich am Freitag, 17. August 1923, die Beisetzung von fünf erschossenen Arbeitern auf dem Michaelisfriedhof. Aus allen umliegenden Revieren waren Bergarbeiter nach Zeitz gekommen, um den gefallenen Kumpeln die letzte Ehre zu erweisen ... Die Zeitzer Tageszeitungen vom 18. August nannten die Zahl von 30000 Teilnehmern an der Beerdigung.

Der vorstehende Text ist mit Zustimmung der Autoren Winfried Steffen und Erich Duchek der kürzlich veröffentlichten Broschüre „Auf den Spuren der Bergarbeiter im Zeitz-Weißenfelser Revier damals und heute“ entnommen. Erhältlich beim PDS-Kreisvorstand Zeitz.



Von **KLAUS HUHN**

**OLYMPIA** – kein Wunder – ist wie immer Thema eins. Und Thema eins beginnt mit der Nachricht, dass Hans-Dietrich Genscher den Vorsitz des Kuratoriums in Leipzig übernommen und danach eine feurige Rede gehalten hat. Es wäre wohl angeraten, diese Nachricht mit der Formel zu kommentieren, die man im englischen verwendet, wenn man am liebsten gar nichts sagen möchte: „No comment!“ Damit Sie wissen, was ich meine: Genscher mag ein ehrenwerter Mann mit Verdiensten sein, aber die liegen nicht gerade bei Olympia. Als 1972 in München Bundes-Bodyguards den spanischen König abschirmten, aber sich kaum jemand um die israelische Mannschaft kümmerte, war Genscher als Bundesinnenminister der ranghöchste Sicherheitsverantwortliche. Als 1972 in München Palästinenser einen mörderischen Überfall auf die Israelis verübten, leitete Genscher den unseligen Krisenstab und saß auch in einem der Hubschrauber, die die Maschine mit den Athleten und den Geiselnern nach Fürstentfeldbruck begleiteten, wo Polizei-Scharfschützen ein entsetzliches Blutbad anrichteten. Als 1972 in München nach diesem Desaster Regierungssprecher Conrad Ahlers im ZDF mitteilte: „Man kann wohl sagen, diese Operation ist glücklich verlaufen“, musste Genscher Israels Botschafter Ben Horin aufsuchen und ihm die Wahrheit mitteilen. Noch einmal:

Nichts gegen Genscher, aber im IOC könnte man sich dieser wohl tragischsten Augenblicke der olympischen Geschichte erinnern und auch daran, wer damals die Verantwortung trug. Und damit niemand mich missversteht: Im Ausland sieht man oft mit sehr sensiblen Augen auf Deutschland. So erinnerte die „Neue Zürcher Zeitung“ (17. 1. 04) ihre Leser daran, dass rund um das Berliner Olympiastadion noch immer NS-Plastiken stünden und bislang niemand darauf kam, sie ver-

jemand ein Wort über den Zusammenhang von Sport und Prestige. Nur Verteidigungsminister Struck rügte unlängst die von der Bundeswehr bezahlten 700 Athleten, dass sie alle möglichen Werbelogos auf ihren Jacken und Jersey trügen, aber keines, das für die Bundeswehr wirbt. Wie hätte früher der Sender Jerewan auf die Frage geantwortet, ob das stimmt: „Im Prinzip ja ...“ **SIXDAYS**. In Berlin ist wieder mal ein Sechstagerennen abgespult wor-

## Sportkolumne

# 1972, als Genscher...

schwinden zu lassen oder auch darauf zu verzichten, eine Langemarck-Halle an jene Schlacht 1914 erinnern zu lassen, in der Tausende Studenten mit dem Deutschlandlied auf den Lippen in den Tod stürmten. Immerhin: Derlei nationalistische Rudimente sind in Leipzig nicht zu finden. **GEWICHT**. „Was hier abgeht, ist kein Skispringen mehr, das ist Kampfwiegen“, klagte unlängst der Skispringer Löffler und der „Spiegel“ druckte sein Geständnis. Die Medien widmeten sich ausgiebig den Bemühungen bundesdeutscher Skisprungtrainer, die ihre den Aktiven verordneten Hungerkuren mit der Devise begründeten: „Dünn fliegt besser!“ Weil Löffler seine Abmagerung angeblich nicht mit der nötigen Konsequenz betrieben hatte, wurde er ins dritte Glied versetzt. Verübelt mir jemand, dass ich mich der Storys erinnerte, wonach DDR-Turnerinnen angeblich kleinwüchsig gehalten wurden, weil die Obrigkeit angeblich meinte „klein turnt besser!“ Allerdings verliert heutzutage kaum

den. An den Bierthecken war man zufrieden, der uralte Witz: „Nur die Rennfahrer störten bei der Fete“ erlangte neue Aktualität. Aber: Mit den beiden siegreichen Ex-DDR-Bahnfahrern Bartko und Fulst wurden neue Helden geboren. Da einer der beiden gebürtiger Berliner ist, konnte man auch jubeln: Zum ersten Mal seit 1975 wieder ein Berliner Sieg. Jubeln und dabei ein wenig lügen. Denn: Zu DDR-Zeiten veranstaltete die „Junge Welt“ 15 Sechstagerennen und das erste gewann zum Beispiel Thomas Huschke, dessen Berliner Herkunft kaum zu leugnen ist. Aber gezählt haben die Sechstagechronisten nur die Profirennen und vor allem nicht die in der DDR ausgetragenen, wodurch man nur auf 93 seit 1909 kam. Tatsächlich waren es weit über 100. Dass die Rennen in der Seelenbinder-Halle nicht mitgerechnet wurden, weil sie „marode“ waren, wagt indes niemand zu behaupten. Auch nicht, dass es damals an den endlosen Theken mangelte, obwohl: „Mangel“ doch eigentlich immer passt!

# TELESKOP

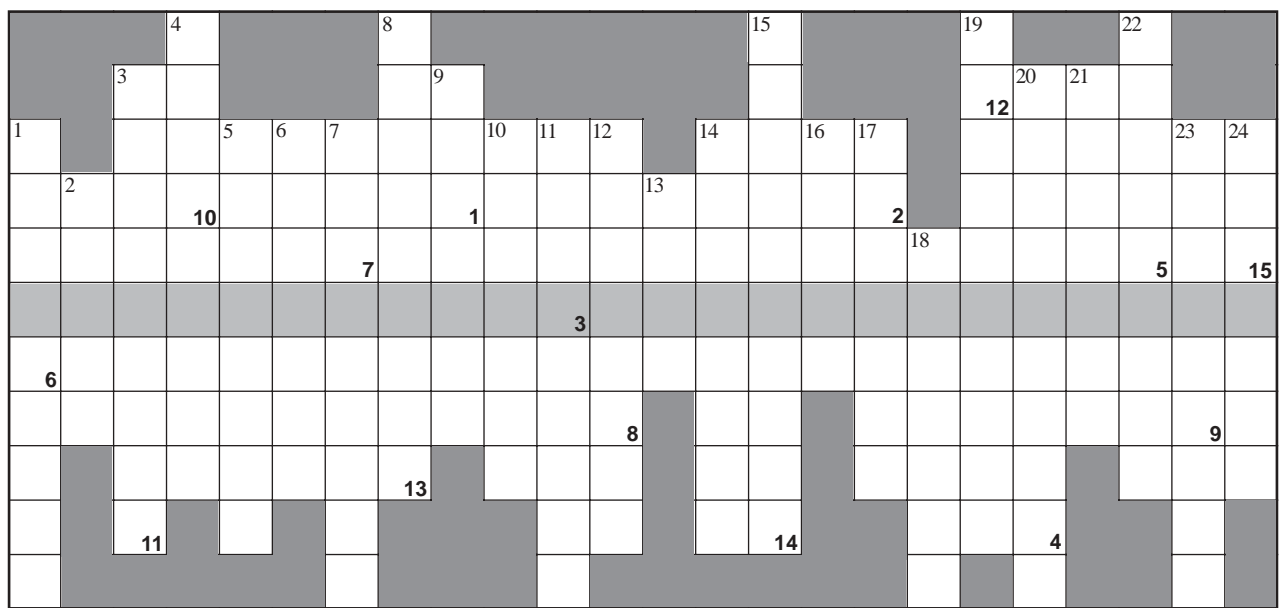
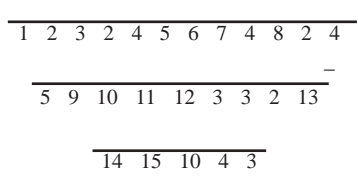
## „Voting“

So nennt sich das neue TV-Unterhaltungsspiel, mit dem wir animiert werden, fleißig bei den TV-Sendern anzurufen, um durch die Lösung einer Frage oder durch die Abgabe einer Stimme für oder gegen gewisse Kandidaten einen Geldgewinn einheimen zu können. Ich habe mir das einmal 14 Tage lang angeschaut. Zwölf Tage lang lief die Dschungel-Show bei RTL. Durchschnittlich teilten täglich 7 Millionen Menschen die Leiden der Stars im australischen Dschungel am Bildschirm. 10 Prozent, davon gehen Experten aus, haben jedes Mal zum Telefonhörer oder zum Handy gegriffen, um für ihren Favoriten zu voten. Nach Adam Riese waren das in zwölf Tagen rund 8 Millionen Anrufer, die je Anruf 0,49 Cent zu zahlen hatten. Knapp 4 Millionen Euro machten sie locker. Täglich gab es aber nur einen Glücklichen, der 5000 Euro gewonnen hat. Der eigentliche Gewinner dürfte damit feststehen. Und das ist nur ein Beispiel. Auf allen Sendern laufen mittlerweile derartig interaktive TV-Sendungen. Da werden Superstars gesucht, Guinness-Rekorde und die besten Hits der zurückliegenden Jahrzehnte. Wir dürfen voten, für welche junge Dame sich ein vermeintlicher Millionär entscheidet und dürfen uns per Telefon für eine der vielen Quizshows bewerben. Sogar bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten wie ARD und ZDF, die ja eigentlich in ihren Verbrauchersendungen die TV-Zuschauer vor jeglicher Abzocke warnen, haben die TV-Votings inzwischen Einzug gehalten. Aber wenn damit Geld zu verdienen ist, kann man ja getrost die eigenen Warnungen in den Wind schlagen. *Summasummarum haben wir scheinbar noch zuviel Geld in unseren Taschen, um es für die Bereicherung der TV-Sender ausgeben zu können. Grenzen scheint es offenbar keine zu geben. Deshalb eine Anregung zum Schluss: In diesem Jahr sind Landtagswahlen. Warum stimmen wir nicht einfach über ein Voting in einer MDR-Wahlshow telefonisch ab, wer uns in den nächsten Jahren regieren soll? Vielleicht bleibt uns dadurch die nächste Gebührenerhöhung erspart.*

• HANS-JÜRGEN BERG

# GANZ SCHÖN WINTERLICH

Die gesuchten 24 Begriffe sind senkrecht in die Figur einzusetzen. Bei richtiger Lösung ergibt sich in der markierten Waagerechten eine wichtige Information für Urlauber, und die gekennzeichneten Buchstaben nennen eine zur Jahreszeit passende Komposition von Johann Strauß:



1. Sportgerät, Gleitbrett auf Schnee
2. markierte Strecke beim Skilanglauf
3. legendärer DDR-Skispringer, Olympiasieger 1960
4. deutsche Eisschnellläuferin, Olympiasiegerin in Salt Lake City 2002
5. Aufsprungtechnik beim Skispringen
6. Wintersportort im Thüringer Wald
7. frischer winterlicher Niederschlag
8. Begleit-

- erscheinung bei Erkältung
9. Wintersportort in Japan, Olympische Winterspiele 1972
10. aufwärts strömende Warmluftbewegung, z. B. an Sprungschanzen
11. Disziplin des Eiskunstlaufens
12. europäisches Wintersportland
13. Figur beim Eiskunstlaufen (Sprung)
14. Wintersportart auf Skiern, Doppelwettkampf
- 15.

- Station der Vierschanzentournee der Skispringer
16. Teile von Schlitten oder Bob
17. ein Wintermonat
18. Disziplin des alpinen Skisports
19. nach einem deutschen Eiskunstläufer benannter Sprung
20. in internationalen Sportwettkämpfen aufgestellte Höchstleistung
21. Eisstockschießen
22. Eisstrom in Hochgebirgen
- 23.

- Wintersportart für Mannschaften (in der Halle)
24. Schlittschuhschritt beim Skilaufen (engl.)

Auflösung des Rätsels 2'04:  
**ALFRED BREHM**  
**TIERLEBEN**

**ZITIERT**

„Das ist das einzige Land, wo diejenigen, die erfolgreich sind und Werte schaffen, deswegen vor Gericht stehen.“

Josef Ackermann, Chef der Deutschen Bank und Angeklagter im Düsseldorfer Mannesmann-Prozess um die Millionen-Zahlungen an die Manager des Konzerns

**Reform-Fluch**

Über die Gesundheitsreform zu diskutieren heißt nicht zuletzt, über die Gefahr der US-Amerikanisierung auch auf diesem Gebiet zu sprechen. Denn in den USA sind lediglich 50 Prozent der Menschen versichert, 45 Prozent jedoch bei Krankheit nicht abgesichert. Kein Wunder, dass diese traurige Tatsache auch auf dem jüngsten Bürgerforum der Leipziger PDS-Stadtratsfraktion „Gesundheitsreform – Fluch oder Segen?“ besorgt zur Sprache kam.

In erster Linie allerdings ging es um die Schrödersche Agenda 2010. Sie ist schließlich Grundlage des derzeitigen rigiden Sozialabbaus, wie MdL Dr. Dietmar Pellmann betonte. Wobei, dies nur nebenbei, die Praxisgebühr auf einen Vorschlag der CDU zurückgeht. Der Ausstieg aus der paritätischen Krankenversicherung ist nicht nur sozial zutiefst ungerecht, er hat auch eine wirtschaftsfeindliche Komponente: Kaufkraftrückgang ist zu erwarten. Nun gibt es bereits Vorboten für eine große Rentenreform...

H. GERATHEWOHL, LEIPZIG

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion

**CDU-Alleinvertretungsanspruch – und was dabei herauskommt**

In einer Zeit, in der die Menschen mehr als je zuvor bestrebt sind, durch das Verständnis für die Kultur und Lebensweise anderer Völker zu einer friedlicheren Welt beizutragen, maßt sich die CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag an, den Alleinvertretungsanspruch für angeblich „christliche Werte“ zu verkünden und diese als „führende Partei“ gegen den erklärten Willen der Mehrheit der sächsischen Bürger (81 Prozent) auch noch im Schulgesetz festzuschreiben. Nach meinem Verständnis handelt es sich bei diesen Werten und Normen um keine christlichen, sondern um allgemein anerkannte ethische und moralische Stützpfeiler einer jeden menschlichen Gesellschaft, ohne deren Anerkennung und Verwirklichung kein Volk existieren kann. Es hat deshalb keine

Religionsgemeinschaft das Recht, diese Werte für sich zu vereinnahmen und sich damit von anderen Glaubensrichtungen abzuheben. Folgt man der Lesart der CDU, dann müssten sich stark christlich geprägte Staaten besonders vorbildlich in ihrer Politik an diesen Werten orientieren. Die USA beweisen, besonders in ihrer Außenpolitik, permanent das Gegenteil! Welches Demokratieverständnis bei der CDU herrscht, war auch bei der Diskussion über die Hochschulreform im Sächsischen Landtag zu erkennen. Als Studenten, zugegebenermaßen etwas drastisch, ihren Protest gegen die Hochschulpolitik der Landesregierung zum Ausdruck brachten, wurden sie mit Polizeigewalt des Saales verwiesen. Minister Rößler beschimpfte sie anschließend auch noch als „Provokateure

aus der roten Ecke“. Es hätte bloß noch gefehlt, sie als Terroristen abzustempeln. Der Sächsische Landtag ist ohnehin durch die satte Mehrheit der CDU mehr und mehr zum Polit-Theater mutiert, in dem der PDS und SPD lediglich eine Statistenrolle zugestanden wird, um wenigstens etwas Demokratie vorzutauschen. An den gelangweilten Mienen der CDU-Fraktion bei Reden oder Vorschlägen von PDS- oder SPD-Abgeordneten ist klar zu erkennen, was sie von diesen halten, nämlich gar nichts. Sie sind sich von vornherein ihres Sieges bewusst, wohl wissend, dass sie nichts fürchten müssen. Glaubt man den aktuellen Prognosen, dann wird diese abstruse Art von Demokratie, leider zum Schaden der sächsischen Bürger, auch die nächsten Jahre anhalten.

G. FLEISCHHAMMER

**Bürgerkontakt ist Grundverständnis**

In seinem Beitrag in LN 2'04 hat Gerhard Wolschke auf die schwierige Ausgangslage für die Haushaltssituation hingewiesen und angeregt, die komplizierten Entscheidungsprozesse in der Haushaltsberatung in der Öffentlichkeit deutlicher zu machen. Dieses mit Recht gestellte Anliegen zu erfüllen, ist nicht immer leicht. Mit dem genannten Beitrag „Ein akzeptables Ergebnis erreicht“ sollten die Resultate einer langen Diskussion dargestellt werden. Hinzuweisen ist auch auf die veröffentlichte Haushaltsrede, in der die Leipziger Haushaltssituation aus der Sicht der PDS-Fraktion kritisch beleuchtet wurde und unsere inhaltlichen Schwerpunkte benannt wurden. Die Fraktion erhielt in dieser Haushaltsberatung, wie nie zuvor, sehr viele Schreiben und Unterschriftenlisten zu verschiedenen Themen (Schließung von Schwimmhallen,

Zugangskriterien für Kindertagesstätten, Vereinsförderung usw.). Jedes Schreiben wurde direkt beantwortet. Rüdiger Ulrich war auf der Kundgebung zu den Kindertagesstätten mit Tausenden von Teilnehmern vor dem Neuen Rathaus nicht nur als einziger Vertreter des Stadtrats anwesend, er hat auch unter großem Beifall gesprochen. Nach der Haushaltsberatung erreichten uns eine Vielzahl positiver Reaktionen, wie die vom Pressesprecher des Gesamtelternrats Leipziger Kindertagesstätten. Es gehört zu unserem Grundverständnis, dass wir im engen Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie Vereinen und Verbänden eine alternative linke Politik gestalten. Das immer wieder an der konkreten Situation deutlich zu machen, ist wichtig. Mit dieser Anmerkung soll dies nachgeholt sein.

LOTHAR TIPPACH

Als COOLE Großmutter beschloss ich: Weihnachten IN 2003 muss auch in unserer FAMILY endlich zum EVENT werden. Ein HIGHLIGHT könnte sicher SHOPPING in den zahlreichen CENTERS unserer BOOM-TOWN sein. Die Wünsche der KIDS lagen längst vor, folglich keine Zeit zum RELAXEN. Also OUTDOOR-Jacke an, das Auto aus dem CARPORT geholt und ab in die CITY, welche bekanntlich NEVER SLEEPS. STEP BY STEP landete ich vor den Auf-

**Als COOLE Großmutter beschloss ich ...**

forderungen COME IN AND FIND OUT, mehr Lust auf BODYFEELING aufzubringen und HAVE A BREAK, um einen SNACK zu mir zu nehmen. Aber die Zeit war knapp, und in meinem BIG SHOPPER herrschte noch gähnende Leere. Nach dem Besuch einiger SHOPS füllte sich dieser dann doch mit SHIRTS, BOOTS, SPORTSWEAR, X-MAS-Karten, einer Sonnenbrille mit „superleichten LIGHT-VIEW-Ultra-Kunststoffgläsern“, einer CD der TOP TEN, Kosmetikprodukten wie z. B. SOAP, AFTER SHAVE, HAIR CARE, HAIR REPAIR, COOL WATER, FACE LOTION usw. Den Windel-SHOP, Mc Geiz und Mc COPY ließ ich links liegen, an diversen POINTS (Mieter-POINT, Foto-POINT, CALL-POINT, SERVICE-POINT, TICKET-POINT) hastete ich vorbei. Schließlich musste ich ja noch im FLOWER-SHOP Blumen für Opa (dem die KIDS dann auch das unvermeidliche HAPPY BIRTHDAY entgegenschmetterten und mit „Bleib COOL MAN“ die Gratulation krönten) bestellen. Vor dem Profi-HAIR-SHOP überlegte ich, ob ich noch Zeit für STYLE AND LOVE FOR MY HAIR hätte. Ich hatte und war HAPPY. Für DRINKS AND MORE reichte allerdings meine Kraft nicht mehr aus. Bloß gut, dass zu Hause das Bäumchen schon geschmückt war, nur die CANDLES fehlten noch. LOOKING BACK kann ich sagen: Es war alles OKAY und nun wünsche ich allen A HAPPY NEW YEAR.

BRIGITTE JANSEN

**Konzern-Sponsoring über die Werbung?**

Das funktioniert bei einem linken Blatt aus beiderseitiger Abneigung nicht. Alljährliche Preiserhöhungen muten wir Ihnen nicht zu.

Finanzieren müssen wir uns dennoch!

**SPENDEN an:**

Projekt Linke Zeitung e. V., Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92, Kennwort: Spende für LN

Übrigens: LN ist auch ein prima Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

**Bestellschein**

**LIEFERANSCHRIFT:**

Name, Vorname  
Straße, Hausnummer  
PLZ, Ort  
evtl. Telefon

**RECHNUNGSANSCHRIFT**  
(nur extra auszufüllen, wenn dies ein  **Geschenkabonnement** ist)

Name, Vorname  
Straße, Hausnummer  
PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

Solidaritätspreis:  Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ausgefüllten Bestellschein bitte an

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündige.

- Ich bitte um Rechnung
- Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut  
BLZ  
Kontonummer  
Kontoinhaber  
Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers  
Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.  
2. Unterschrift des Auftraggebers

**Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.**

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877

**VERANSTALTUNGEN****Dienstag, 10. Februar, Leipzig**

Buchvorstellung und Diskussion: *Die Berlin-Politik zwischen 17. Juni 1953, dem Viermächteabkommen und der Grenzöffnung 1989. Erinnerungen eines Diplomaten.* Mit Dr. Joachim Mitdank (Berlin).\*\*\* Kostenbeitrag 1,50 Euro  
Harkortstr. 10

**Mittwoch, 11. Februar, 18.30 Uhr, Chemnitz**

*Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928 – Die KPD am Scheideweg.* Mit Prof. Dr. Klaus Kinner (Leipzig) und Dr. sc. Elke Reuter (Berlin)

Soziokulturelles Zentrum QUEER BEET, Rosenplatz 4

**Donnerstag, 12. Februar, 18 Uhr, Leipzig**

Vortrag und Diskussion: *Wenn's nicht reicht, springen die Armen ein – Arbeitslosengeld und Sozialhilfe.* Mit Heidemarie Lüth (Zwenkau)  
Harkortstr. 10

**Sonnabend, 14. Februar, 10–18 Uhr, Dresden**

Elftes Sächsisches Friedenssymposium *Gibt es in der Frage Krieg oder Frieden noch „den Westen“?* (Gemeinsam mit Sächsische Friedensinitiative Dresden e. V., Aktionsgemeinschaft Frieden Dresden, Arbeitsgemeinschaft Offene Kirche Sachsen, DGB Kreis Dresden, Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e. V., Gemeinschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen e. V., IPPNW, Ärzte in sozialer Verantwortung). Kostenbeitrag: 10 Euro, ermäßigt 5 Euro  
Volkshaus am Schützenplatz

**Mittwoch, 18. Februar, 19 Uhr, Dresden**

*Geistig frei und niemandes Knecht. Paul Levi – Rosa Luxemburg.* Mit Dr. Jörn Schüttrumpf (Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin)\*\*\*

„WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

**Donnerstag, 19. Februar, 17.30 Uhr, Leipzig**

*Sowjetische Osteuropapolitik 1944–1953 in Dokumenten russischer Archive.* Mit Prof. Dr. Ernstgert Kalbe (Leipzig) \*\*\*  
Harkortstr. 10

\*\*\* Diese Veranstaltungen werden gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

**Frieden braucht Mut – Und dich!**

Die Welt ist auch nach dem Irak-Krieg nicht besser geworden.

Die Bundesregierung baut die Funktion Deutschlands als „Schutzmacht“ verstärkt aus, während das Alibi der Irak-Kriegs-Verweigerung weiter aufrecht erhalten wird. Der Hass der muslimischen Welt und der Bevölkerung im Nahen Osten gegen die US-Besatzer wächst, und für uns ist das alles weit weg, weil wir schmerzhaft Einschnitte in allen Lebensbereichen und denen unserer Kinder hinnehmen sollen.

Gibt es einen Zusammenhang zwischen den geleisteten militärischen „Hilfen“ im Ausland und der wachsenden Zahl der politischen und Wirtschaftsflüchtlinge sowie der soziokulturellen und wirtschaftlichen Krise der Deutschen?

Warum sparen die Länderregierungen nun an der Bildung, obwohl allen nach Pisa klar ist, dass Deutschland im Hintertreffen liegt?

Können Eltern demnächst die Bildung ihrer Kinder überhaupt noch bezahlen?

Und warum ist die Wirtschaft globalisiert und die Gewerkschaften nicht?

Viele Fragen, wo sind die Antworten? Zwischen all diesen Fragen gibt es 1000 Berührungspunkte. Während Studenten gegen den Bildungsabbau protestieren, fragt sich ein großer Teil der Bevölkerung, ob er jemals eine existenzsichernde Arbeit findet oder eine Rente bekommt, und die älteren Menschen sowie Kranken fragen nach dem Sinn eines Sozialstaates, der sie in die Armut entlässt.

Klar ist, dass die Menschen gegeneinander ausgespielt werden zugunsten einiger weniger: Ost gegen West, Jung gegen Alt, Akademiker gegen Arbeiter, Orient gegen Okzident etc. Es hilft nichts, alles hinzunehmen; dadurch wird es nur noch schlimmer. Der einzige Weg ist, sich gerade deshalb zu engagieren und gemeinsam für die Gerechtigkeit einzutreten!

Deshalb gilt beim Leipziger Ostermarsch 2004 INFORMIEREN, ORGANISIEREN, PROTESTIEREN!

Dazu treffen sich wieder viele Friedenswillige am 9. April an der Moritzbastei, um bis zum 11. April gemeinsam zu radeln. Zudem lädt der Ostermarsch e.V. ein, bei einem Friedensspaziergang, bei Infoveranstaltungen, politischem Kabarett und Konzerten Erfahrungen zu sammeln, sich auszutauschen, zu diskutieren und zu demonstrieren. Die Route führt dieses Mal von Leipzig über Bitterfeld – Dessau – Magdeburg in die Colbitz-Letzlinger Heide.

Für alle, die Interesse an der Teilnahme oder an einer Mitarbeit haben, stehen weitere Informationen unter <http://www.ostermarsch-leipzig.de> www.ostermarsch-leipzig.de bzw. im Organisationsbüro Ostermarsch e.V. in der Braustrasse 15, Telefon 0341/ 14064417 (ab Februar) zur Verfügung. Für Spenden, die unser Anliegen unterstützen, steht folgendes Konto bereit: Kontonummer: 1100083525 bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 86055592.

**Deutscher  
Freidenker-Verband**

Leipzig, Gottschedstr. 31(HH)

19. 2., 16.30 Uhr: *Arbeitslos – Arbeit los – was ist bloß mit der Arbeit los?* Wir suchen nach Antworten, mit Dr. Klaus Hesse

**SZM**

Stadtteilzentrum Messemagistrale  
Straße des 18. Oktober 10a

10. 2., 10 Uhr: *Tischtennisturnier für Kinder*

12. 2., 10 Uhr: *Schachspiel für Kinder*

13. 2., 10 Uhr: *Dart-Turnier für Kinder*

14. 2., 16 Uhr: *Kabarett der Aktiven Senioren „Wir stoßen an“.* Eintritt: 4,50 Euro

21. 2., 16 Uhr: Puppenbühne Schmidt zeigt für die Kleinen *Fasching beim Mäuschen.* Eintritt: 2,50 Euro

**Initiative  
Christliche Linke**

9. 2., 18 Uhr, Gemeindesaal der Nikolaikirche Leipzig: *Dorothee Sölle – eine radikale Pazifistin.* Vortrag von Hermann Gerathewohl

**Stadtbibliothek Leipzig**

Wilhelm-Leuschner-Platz 10/11

**Ausstellungen:**

4. 2.–30. 3., Galerie der Kinderbibliothek: *Rund ums Jahr – die Jahresuhr.* Kinder der Freien Grundschule „Clara Schumann“ zeigen ihre Bilder

19. 2.–7. 4., Kabinettausstellung des Literaturarchivs: *Karl-May-Verlag, Bamberg, präsentiert sich*

**Veranstaltungen:**

18. 2., 14 Uhr, Informationszentrum, 1. Etg.: *Führung durch die Stadtbibliothek*

18. 2., 19.30 Uhr, 4. Etg.: *Der „Kunstmeyer“ Johann Heinrich Meyer: Freund und Orakel Goethes.* Vortrag: Dr. Jochen Klauß (Weimar)

**Unserer Genossin**

**Elisabeth Hensel**

wünschen wir zum

**85. Geburtstag**  
am 13. Februar

**Gesundheit  
und alles Gute**

Die Genossinnen und  
Genossen der BO 232  
der PDS Gohlis-Nord

**Lieber Genosse**

**Werner Koch**

Zu Deinem

**75. Geburtstag**  
am 17. Februar

wünschen wir Dir  
**Gesundheit  
und alles Gute**

Deine Genossinnen und  
Genossen der BO 232  
der PDS Gohlis-Nord

**Naturkundemuseum**

Leipzig, Lortzingstr. 3

9. und 16. 2., 10 und 14 Uhr, Ferienveranstaltung: *Führung durch die Dauerausstellung der Abteilung Ur- und Frühgeschichte.* Anschließend archäologische Arbeiten: Ausgraben, Altersbestimmung

15. 2., 10.30 Uhr: Dia-Vortrag *Flora und Fauna in unterschiedlichen Klimazonen Äthiopiens*

**Theatrium**

Leipzig, Miltitzer Allee 52

11. bis 13. 2., 10 Uhr: *Ein Schneemann im Sommer* – für Kinder ab 5 Jahre

17. bis 19. 2., 10 Uhr: *Clown Gerno Knalls Nasen-Mitspieltheater* – für Kinder ab 6 Jahre

**Reisen mit Gleichgesinnten**

Dass linke Reisebüro „tuk“ in Berlin ist vielen bekannt als zuverlässiger Reiseveranstalter mit mehr als 10-jähriger Erfahrung für linke Reiseprogramme. Für 2004 steht wieder ein großes Angebot bereit; „tuk“ und damit die AG Reisen beim Stadtverband der PDS bieten folgende Reiseziele an: Botschafterreisen nach Vietnam, China, Kuba und Portugal sowie Reisen in die Schweizer Berge, nach Tschechien, Polen, Italien, Kroatien und Österreich. Eine Reise führt zum 27. Pressefest der Wochenzeitung „Avante“ der portugiesischen Kommunistischen Partei in Lissabon Anfang September dieses Jahres. Wanderwochen und Kurreisen sind ebenfalls im Angebot.

Zum flünften Mal finden im Hotel „Am Wald“ in Elgersburg vom 19. bis 25. 4. „Tage der Begegnung“ mit Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und Sport statt. Hierfür würde die AG Reisen gern wieder einen Bus mit Gleichgesinnten von Leipzig aus auf die Reise schicken. Der Preis beträgt für sieben Tage mit HP 368 Euro. Anfragen können an die AG Reisen beim Stadtverband der PDS, Braustr. 15, jeweils am 3. Freitag im Monat von 17 bis 19 Uhr oder telefonisch an (0341) 688 3502 gerichtet werden. Anschrift des Reisebüros: Touristik und Kontakt International GmbH, Danziger Str. 168, 10407 Berlin. Tel.: (030) 423 33 33, Fax: /030) 423 33 22

**BUCHHANDLUNG RIJAP**

GbR

**Literatur für SIE**

Im Februar neu bei uns:

Nicole Schley, Sabine Busse: *Die Kriege der USA.*

Diederichs, 19,95 Euro

Erwin Strittmatter: *Kalender ohne Anfang und Ende.*

Aufbau-Verlag, 18,90 Euro

Karl G. Zinn: *Wie Reichtum Armut schafft*

PapyRossa Verlagsges., 14,80 Euro

Wir beschaffen jedes lieferbare Buch.

Wir liefern in Leipzig frei Haus! In alle anderen Orte Sachsens für geringes Porto!

Bestellen Sie per Telefon, Fax oder Internet

☎ 0341 - 9 11 01 70, Fax: 0341 - 9 11 01 71

[www.buchhandlung-rijap.de](http://www.buchhandlung-rijap.de)

In Leipzig finden Sie uns in der

**Filiale Axispassage**

04159 Georg-Schumann-Str. 171

**Filiale Eutritzscher Zentrum**

04129 Wittenberger Str. 83

**Filiale Büchermarkt Mockau Center**

04357 Mockauer Str. 123

**Carl-Schorlemmer-Apotheke**

Inhaber:  
FSD PhR Friedrich Roßner  
Fachapotheker für  
Allgemeinpharmazie  
Karlsruherstraße 54  
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58  
Arzneimittel-Information  
Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91  
Büro / Apothekenleiter

LN empfiehlt, denn:

## Gunter Preuß hat wieder zugeschlagen

Auf der Westweide warteten schon die Westschweine, Westochsen und Westhammel, und die von hüben und drüben umarmten einander und vollbrachten Freudentänze. Es gab ein prächtiges Feuerwerk, es wurde nicht nur Gänsewein getrunken, all die Glücklichen sangen und küssten sich, die Feier wollte kein Ende nehmen.

Und der Westbauer Trampel, ein wahrer Koloss, stand über allen, schwitzte blankes Fett und winkte hernieder auf sein Viehzeug, das sich sozusagen über Nacht vermehrt hatte. Er sagte, dass sie nun wieder eins wären und nie wieder getrennt würden, er versprach auch im Osten blühende Weiden und Sauställe mit Himmelbetten und goldenen Fressnapfen.

„Ich denke, ich bin im Schweinehimmel“, grunzte Schwarte. Er tanzte inmitten der Herde glücklich mit Schinken, der Westsau, die an ihre Zitzen bunte Diamanten gepieert hatte.

Horn erinnerte sich, dass ihnen schon einmal das Paradies versprochen worden war, er spannte die Hinterbacken fest an, dass diesmal der Traum nicht als blaue Luft entweichen sollte. Er hatte sich sogleich an eine Westkuh mit riesigem Euter herangemacht und flüsterte ihr Sinnsprüche über die Liebe ins Ohr. Sie drückte sich an ihn und

flüsterte zurück: „Ich glaube, du stehst mir.“ Worauf Horn ihr stolz, aber unbedacht versprach, ein fleißiger und treuer Weststier zu werden.

Locke rannte von einem Westschaf zum anderen, ließ sich anblöken, meckerte zurück, und staunte über seine Erkenntnis: Wenn man schließlich alles sagen kann, hat es doch keinen Sinn.

Aber alle waren zufrieden, selbst der Künstler war einmal ohne Depressionen, wenn er auch in seinem Hinterstübchen dachte: Wenn auch nicht dieselben an der Macht sind, so sind es doch immer die

gleichen.

Und wenn unsere Geschichte, die wie ein Märchen begonnen hat, hier zu Ende wäre, würde sie wie ein Märchen enden können: Und so lebten sie glücklich und zufrieden bis an ihr Ende ...

*Aber hier ist die Geschichte überhaupt noch nicht zu Ende. Und wie endete sie?*

Nun ihr wollt es nicht anders haben, so sollt ihr es auch nicht anders bekommen – *wart ihr Schreiber und erzählt munter weiter. Aber das müssen Sie schon selber lesen. Und*

*zwar in dem neuen Büchlein von: Gunter Preuß*

*„Vom armen Schwein ... Eine deutsch-deutsche Grotteske (dr. ziethen verlag, Oschersleben)*

*Die urigen Zeichnungen, also auch die hier abgebildete, stammen von Altmeister Manfred Bofinger.*

*Da hat sich ein Paar gefunden! Alle Achtung!*



## Der Reiz des Limericks

There was a young lady in Riga  
Who smiled as she rode on a tiger;  
They returned from the ride  
With the lady inside,  
And the smile on the face of the tiger.

Es war eine junge Lady in Riga,  
die lächelte, als sie ausritt auf einem Tiger.  
Sie kehrten zurück vom Ritt  
mit der Lady im Inner'n  
und einem Lächeln auf dem Gesicht des Tigers.

Der Limerick ist eine, von Humorlosen auch „Nonsensvers“ genannte Anekdote in fünf Versen (Reimschema: aabba). Sein Charme entspringt dem verführerischen, oft anzüglichen Inhalt, dem Tempo, der Vielseitigkeit und der überraschenden Pointe am Schluss. Wichtig sind nicht der Gegenstand, der alles oder der Schauplatz, der überall sein kann, sondern Aufbau, dramatische Entwicklung und sensationelle Lösung eines balladenhaften Konfliktes.

Die Struktur ist strengen Regeln unterworfen, die aber nicht auf Kosten des Inhaltes unbedingt eingehalten werden sollten. In der ersten Zeile (9 Silben) wird der Handlungsort genannt und die Hauptperson eingeführt. Das Wort am Ende ist meistens ungewöhnlich, weil es dem Reim angepasst wird:

*There was a young lady in Riga*

Die zweite Zeile (9 Silben), die sich mit der ersten reimt, eröffnet die Handlung.

*Who smiled as she rode on a tiger*

Die dritte und vierte Zeile (jeweils 6 Silben) sind kurz gehalten. Sie bilden ein zweites Reimpaar, steigern die Spannung und sind in der Regel hinsichtlich der Aussage überraschend, bestürzend oder aufsehenerregend:

*They returned from the ride*

*With the lady inside*

Die fünfte Zeile (9 Silben) reimt sich wieder mit der ersten und zweiten. Sie bringt die Pointe und gleichzeitig die „erschütternde“ Lösung des Problems:

*And the smile on the face of the tiger*

Die Betonung sollte im ersten, zweiten und fünften Vers so gehalten sein, dass der für den Vortragenden wichtige Rhythmus: Diddi-dum, diddi-dum, diddi-dum entsteht. Der Limerick wirkt besonders durch die englische Sprache,

ähnlich dem trockenen englischen Humor. Doch auch in deutscher Sprache kann man reizvolle Limericks zaubern, wie unser Leser L. Schumann beweist:

*Es dachte ein Fräulein aus Hagen,  
sie hätte wohl was mit dem Magen.*

*Doch Monate später,  
da sah es ein jeder,  
wie glücklich sie fuhr Kinderwagen*

In den letzten Jahren wird der Limerick auch mehr und mehr als Form der ironisierenden Interpretation politischer Geschehnisse genutzt, wobei für ihr Verständnis beim Leser aktuelles Wissen Voraussetzung ist. Man kann mit dem Limerick politische Konflikte, Erscheinungen und Ereignisse in drastischer Betrachtungsweise karikieren. Dazu zwei Beispiele:

*Es gab eine Conny in Sachsen,  
machte Filme und solche Faxen.*

*Auf dem Wege nach oben  
konnt' sie endlos sich loben -  
nun trat man ihr auf die Haxen.*

*Ein OBM nahe der Luppe  
zwang den Olymp mit seiner Truppe.*

*Doch gegen den Westen,  
geriet's nicht zum Besten,  
drum spuckte man ihm in die Suppe.*

Versuchen Sie sich doch einmal selbst am politischen Limerick und senden Sie uns Ihr Produkt. Die besten werden veröffentlicht.

• MANFRED BOLS

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt  
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

### Wanderungen durch Neufünfland

#### Dschungel inmitten von Kiefern

Unter märkischen Kiefern winden sich viele Pfade. Nur, Wanderer kommst Du nach Peeschen, pack eine warme Decke ein. Asylbewerber wie der Nigerianer Chuckwudi Akubuo könnten mehr als eine gebrauchen, denn – so wird die Not erklärt – „Die Baracken aus DDR-Zeiten sind nicht winterfest“. Warum sollten sie auch – es war ein Sommerferienlager. Und dort frieren nun also der Nigerianer und seine Gefährten. Zugegeben, das zuständige Innenministerium wollte das Lager schließen, aber andernorts winkten die Bürgermeister ab. Und nicht einmal aufwärmen können sich die Peeschener. Bis zum nächsten Supermarkt sind es zwei Stunden Fußmarsch, weshalb man das Lager auch „Dschungel“ nennt.

Nach einem zügigen Marsch gelangten wir nach Heinersbrück unweit Cottbus, wo ganz andere Probleme die Gemüter beschäftigen. Dort fehlen zwei Schüler, damit die sorbische Schule nicht geschlossen werden muss. Genauer: Sieben Kinder sind zwar da, aber eben noch in der Kita. Und deshalb soll die Schule samt Sporthalle geschlossen werden. Doch sollte niemand die Zuständigen deswegen Bürokraten nennen, denn solche trafen wir erst ein paar Kilometer weiter bei Guben, wo man nach langen Plagen einen deutsch-polnischen Grenzübergang für LKW über 20 t unlängst geschlossen hatte, um die Anwohner – die schwören, nachts in den Betten zu stehen – endlich in Ruhe schlafen zu lassen. Aber unsere östlichen Nachbarn brachten die EU ins Spiel und dass sie demnächst ja doch dazugehören und da wurde eine Variante gefunden, die der Landrat respektlos „Schwachsinn“ nennt: Die LKW-Fahrer lösen in Preschen bei Forst einen Grenzübergangsschein und einer von zehn eigens dort stationierten Mitarbeiter der Bundesanstalt für Güterverkehr achtet darauf, dass die Brummis nur im Abstand von fünf Minuten an den Dorfstraßen die Tassen im Schrank hüpfen lassen. Ich sage nur: Dann lieber wandern!

• KLAUS HUHN



**Herausgeber:** Projekt Linke Zeitung e.V.,  
V. i. S. P.: Rahel Springer

**Redaktion:** Braustraße 15, 04107 Leipzig,  
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345  
E-Mail: leipzig\_neue@t-online.de  
Internet: www.leipzig-neue.de

**Einzelpreis:** 1 Euro, im **Abonnement** halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

**Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:** Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice,  
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig. Tel./Fax :  
0341 / 21 32 345

**Anzeigen, Werbung:**  
BERGdigital, Hans-Jürgen Berg,  
Ziegelstraße 7c, 04420 Markranstädt. Tel. :  
034205/18 010, Fax: 034205/18 062  
E-Mail: bergpr@web.de

**Druck:** Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

**Redaktionsschluss** dieser Ausgabe:

3. Februar

**Die nächste Ausgabe** erscheint am  
20. Februar.